Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 80 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 19. Freitag, den 23. Januar 1920. 27. Jahrg.

Rotes und blaues Blut.

Von Dr. Werner Peiser.

Proletarierblut ist geflossen, so höhnte die alldeutsche „Post" anläßlich der Vorgänge des 13. Januar in Berlin, und Proletarierblut sei bekanntlich das Heiligste, was die Republik habe, so fuhr sie höhnisch fort. Spottet ihrer selbst und weiß nicht wie!

Die Republik, die allen Klassen die politische Gleichberechtigung verschafft hat und die zurzeit auf dem Wege ist, den bisher ausgebeuteten Klassen mittels des Betriebsrätegesetzes und anderer sozialpolitischer Maßnahmen die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu erkämpfen, hat auch mit den Sonderrechten der Rasse und des Blutes gründlich aufgeräumt. Wiederholt zwar schien es, als habe die Fichtesche Lehre von der Gleichberechtigung dessen, was Menschenantlitz trägt, nicht den Eingang in aller Hirne gefunden, gab doch der Hiller- und der Marlohprozeß auf er einen Seite, der Lindner- und der Liebknechtprozeß auf der anderen Seite erschreckendes Zeugnis dafür, daß die Theorie von dem zweierlei Blut und der verschiedenen Bewertung durchaus noch nicht beseitigt war. Mehr und mehr jedoch bricht sich in diesen Tagen die Erkenntnis Bahn, daß „gleiches Recht für alle" nicht lediglich ein schönes Prinzip bleiben dürfte, sondern daß es in die praktische Wirklichkeit umzusetzen sei.

Beinahe überraschend war das Urteil, welches das Münchener Volksgericht gegen den Grafen Arco-Valley, den Mörder Kurt Eisners, gefällt hat. Es lautete bekanntlich auf Tod. Daß ihm die bürgerlichen Ehrenrechte hierbei nicht aberkannt wurden, ist ein platonisches Anerkenntnis der Beweggründe, die zum Morde führten, das lediglich aus gewissen juristischen Vorschriften heraus erklärlich ist, ohne daß es sich jedoch lohnt, an dieser Stelle näher hierauf einzugehen. Graf Arco-Valley ist der typische Vertreter jenes Standes, der eine Unzahl geistiger und materieller Privilegien für sich beansprucht. Er gehört der blaublütigen Rasse an, die da behauptete und noch heute behauptet, den Patriotismus gepachtet zu haben und die, gewissermaßen zum Ausgleich hierfür, eine beträchtliche Menge von Besitzprivilegien für sich in Anspruch nimmt. Es wäre völlig verkehrt, diesen „Blaublütern" jede Spur einer moralischen Qualifikation absprechen zu wollen. Es ist ihnen zweifellos durchgehend ein gewisser Grad von Mut zu eigen, zu dem sich oft auch eine Begeisterungsfähigkeit gesellt, die dann allerdings meistens einer besseren Sache würdig wäre. Immerhin kann die Art, mit der sich Eisners Mörder vor den Schranken des Gerichts zu seiner Tat bekannte, nicht als unsympathisch bezeichnet werden, wenngleich sie natürlich an der Verwerflichkeit der Tat selbst nichts ändert. Daß bei einer Vergleichung der geistigen Werte Kurt Eisners mit diesem blutjungen Studentlein für diesen recht wenig herauskäme, bedarf keiner Erwähnung. Aber als gänzlich unsympathisch muß die außerordentliche Beflissenheit bezeichnet werden, mit der das offizielle Wolffsche Bureau die Vaterlandsliebe des Grafen Arco betonte; so sehr man auch die letztjährige Politik Kurt Eisners für verfehlt halten kann, so ist diesem doch die gleiche Vaterlandsliebe nicht abzusprechen. Man kann es in Hinsicht auf unser Parteiprogramm begrüßen, wenn ein Todesurteil nicht zur Vollstreckung gelangt, aber es ist dringend zu hoffen, daß es nicht Kameraden des feudalen jetzt begnadigten Mörders gelingen wird, diesen aus der Festungshaft zu befreien.

Rotes und blaues Blut . . . beides wurde im fünfjährigen Weltkriege vergossen. Aber weit mehr floß doch das rote Blut, und ungleich wertvoller war es für uns, denn es war das Blut der Masse, der Volksgesamtheit, nicht das einer künstlich geschützten und peinlichst sich absondernden Minderheit. Gewiß, der Weltkrieg ist vorüber, und es dürfte an der Zeit sein, auch ein wenig die in ihm begangenen Sünden zu vergessen. Was aber nicht vergessen werden darf, das ist die Tatsache, daß jene Vertreter der „Blaublütigen" nur dann ihre Sonderstellung vergaßen, wenn es auch für sie um Tod und Leben ging. In der Etappe und erst recht daheim waren die anderen eben nur wieder Kerls, nur Masse, nur Vieh, das jene Auserwählten zur Schlachtbank führten. Doch als der Weltkrieg zu Ende war und die Revolution den geknechteten Massen Befreiung gebracht hatte, da schienen die Schranken für eine Trennung zwischen Aristokratie und Volk, zwischen Führer und Masse bei manchen wieder gefallen, da schien es zunächst, als beseele ein Gemeinschaftswille beide. Aber es war eine Täuschung, mußte eine bleiben, da gewisse Kreise sich nicht an die Lehre vom gleichen Recht gewöhnen wollten.

So erleben wir heute, nach einer ganz kurzen Spanne der Gemeinsamkeit, wieder ein heftiges Ringen. Und in den Tagen, in denen der feste Zusammenschluß der Rotblütigen, das heißt des Volkes im eigensten Sinne des Wortes, ein Erfordernis nicht nur der Klugheit, sondern auch der proletarischen Ethik sein sollte, erleben wir, daß das Proletariat sich selbst zerfleischt. Denn es wäre eine völlig verzerrte Darstellung, wollte man behaupten, daß die Sicherheitswehr etwas anderes als Volk sei. Diesem entstammen sie, in ihm wurzeln sie, und zu seinem Schutze sind sie da. Eine durch zahllose Zeugen unterstrichene Darstellung der Reichstagsvorgänge hat den durch keine Geschichtsfälschung mehr zu erschütternden Beweis von der Schuld der unabhängigen und kommunistischen Demagogen erbracht. Heute kann niemand mehr daran zweifeln, daß die Schürer der Massendemostrationen sich sorgsam im Hintergrunde oder im Reichstage selbst aufhielten, während die Massen in völliger Ahnungslosigkeit gewissermaßen vor die Maschinengewehre getrieben wurden.

Proletarierblut ist geflossen. Die „Post" stellt es voller Schadenfreude fest. Wir aber schaudern davor. Denn es ist unser Blut, es ist heiliges Blut. Mögen die Vorfälle uns eine Mahnung sein!

Heimkehr der Scapa-Flow-Internierten.

Die Dienststelle der Admiralität Hamburg teilt mit: Die Dampfer „Bylvia" und „Lisboa" laufen am Freitag, 23. Januar, 6 Uhr nachmittags, nach England aus, um die Scapa Flow-Internierten abzuholen.

Die Auslieferung Wilhelms.

Hollands Antwort überreicht.

Wie das „Hollandsche Nieuwe Bureau" aus zuverlässiger Quelle erfährt, sollte die Antwortnote Hollands auf das Ersuchen der Entente um Auslieferung des ehemaligen Deutschen Kaisers Freitag mittag um 12 Uhr in Paris überreicht werden.

Der Prozeß Erzberger-Helfferich.

TU. Berlin, 22. Januar.

Schon längere Zeit vor Beginn der Sitzung waren die beiden Gegenparteien im Saale anwesend. Gegen ¾10 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Sitzung und teilte mit, daß „natürlich" wieder eine ganze Anzahl von Zeugen nicht erschienen seien. U. a. hat August Thyssen mitgeteilt, daß er wegen seiner Erkrankung innerhalb der nächsten drei Monate nicht zur Verhandlung erscheinen kann. Das Gericht beschließt auf Antrag des Rechtsbeistandes Erzbergers nach kürzester Beratung, August Thyssen durch ein Mitgliede des Gerichtes kommissarisch vernehmen zu lassen, und zwar soll diese Vernehmung in der nächsten Woche während einer kurzen Pause stattfinden. Die Verhandlung wird also am nächsten Freitag unterbrochen und erst am Montag übernächster Woche wieder aufgenommen. Zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen den beiderseitigen Verteidigern kam es über die Beziehungen Erzbergers zu den „Sächsischen Serumwerken" in Dresden. Erzberger erklärte, daß es sich nicht um Direktor Beyer (Dresden) handele, sondern um den Direktor der Serumwerke, Bethke.

Hierauf begründete Helfferich in längeren Ausführungen seine Auffassung von der moralischen Qualität des Reichsfinanzministers. Bezeichnend für diesen Charakter sei seine Wandlung vom blutigen Annexionspolitiker zum Vertreter des Verständigungsfriedens. Kurz nach seinem (Helfferichs) Amtsantritt sei Erzberger zu ihm gekommen und habe ihn ersucht, dafür einzutreten, daß das

Eigentum an den Brieyer Gruben

dem Thyssenkonzern übertragen werde. Dies Verlangen lehnte Helfferich ab und zwar aus drei Gründen: erstens aus Gründen des Völkerrechtes, zweitens, weil im Falle einer dauernden Erwerbung des Brieyer Gebietes dem Interesse der gesamten deutschen Eisenindustrie Rechnung getragen werden müsse, drittens, weil die Gruben ein Pfand für die Entschädigung der Auslandsdeutschen darstellten. Weiter sei Erzberger dafür eingetreten, das sei der Liquidation des in Lothringen gelegenen Besitzes der Firma de Wendel der Thyssenkonzern vorzugsweise berücksichtigt werde. Auch darauf sei er, Helfferich, nicht eingegangen, weil die Sache damals noch nicht geklärt war. Später, als die Liquidation in die Hand genommen wurde, sei es Helfferichs Programm gewesen, daß der ungeheuer wertvolle Besitz von der gesamten deutschen Eisenindustrie übernommen werde unter Mitwirkung des Reiches. Später, als Erzberger dem Thyssenkonzern nicht mehr angehörte, war er gegen jede Lequidation in Elsaß-Lothringen überhaupt. Diese Wendung sei bezeichnend für seine Haltung. Ebenso bezeichnend sei seine Haltung in der Frage der Ausfuhrzölle für Eisen, Kohle usw. Helfferich habe ein Gesetz darüber vorbereitet gehabt, das er trotz heftiger Widerstände in den Reichsämtern und im Bundesrat dem Kaiser vorgelegt habe und dessen Unterschrift er erhielt. Erzberger habe dieses Gesetz damals zu Fall gebracht. Erst im Frühjahr 1918, als Erzberger aus dem Thyssenkonzern ausgeschieden war, brachte er im Ausschuß des Reichstages einen Antrag ein, die Ausfuhrabgabe nicht nur für die Zukunft zu erheben, sondern auch nachträglich für die Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreis in Höhe von 644 Millionen Mark der Industrie zu entziehen und in die Taschen des Reiches fließen zu lassen. Also, so lange Erzberger dem Thyssenkonzern angehörte, habe er dieses Geld der Industrie zugewandt.

Auf diese Anklagen Helfferichs erwiderte Reichsfinanzminister Erzberger als Zeuge: „Ich kenne Herrn August Thyssen seit ungefähr 12 bis 13 Jahren. Herr Thyssen hat mir im Laufe der Jahre eine Menge äußerst wertvollen Materials über die ganze deutsche Eisen-Industrie zur Verfügung gestellt. Daß darin etwas Unzulässiges liegen würde, kann niemand behaupten. Daß dabei das Verhältnis zu Thyssen ein immer freundschaftlicheres wurde, ist nur natürlich. Solche Beziehungen, wie zu Thyssen, hatte ich aber auch zu anderen Repräsentanten der deutschen Industrie, sowie der Bankwelt. Ich habe die Interessen der deutschen Industrie, die mir nach sorgfältiger Prüfung berechtigt erschienen, im Parlament und sonst auch anderswo vertreten, ohne dafür irgendwelche materiellen Vorteile erhalten zu haben. Im Jahre 1915 schrieb mir Herr Thyssen, ob ich nicht in den Aufsichtsrat seines Konzerns eintreten wolle. Herr Thyssen hat mir dann auch in Berlin seinen Wunsch persönlich unterbreitet. Ich habe mich gegenüber diesen Wünschen nicht ablehnend verhalten. Für mich war es äußerst ehrenvoll und ein Zeichen großen Vertrauens, Mitglied des Aufsichtsrates großer Industrie-Unternehmungen zu sein. Auch als Abgeordneter hatte ich dadurch Gelegenheit, einen tieferen Einblick in die Verhältnisse der deutschen Industrie zu erhalten. Die Firma Thyssen hat in den zahlreichen Besprechungen, die ich im Laufe der Jahre mit ihr hatte, mir niemals eine Zumutung gestellt, die ich nicht vom allgemeien Interesse aus hätte vertreten können. Auf meinem Wunsch wurde mir für meine Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied ein fester Jahresbezug, und zwar auf Vorschlag Hern August Thiessens, in Höhe von 40000 Mark bewilligt. Ich habe diese Summe als zu hoch bezeichnet, Herr Thyssen widersprach jedoch. **Alls ich den Aufsichtsratsposten im Thyssenkonzern übernahm, legte ich die Berichterstattung über den Militäretat nieder,** um auch nur den Anschein einer Verquickung geschäftlicher und parlamentarischer Tätigkeit zu vermeiden. Der Brief, den ich an den Reichskanzler gerichtet habe, und in welchem ich Genugtuung für den uns aufgezwungenen Krieg verlangte, entsprach durchaus meiner damaligen politischen Anschauung. Ein Einfluß Thyssens auf diesen Brief besteht nicht. Der Hauptzweck der Friedensaktion war überhaupt, an den Verhandlungstisch heranzukommen. Man hat den Verständigungsfrieden von den politischen Gegnern sofort in einen Verzichtfrieden umgefälscht. **Die Friedensresolution schloß in keiner Weise eine Grenzregulierung usw. aus.** Es kann kein Widerspruch darin gefunden werden, wenn ich für einen Verständigungsfrieden eintrat, dabei aber auch den Erwerb des Beckens von Briey und Longwy verlangte, da ein solcher Erwerb sich durchaus im Rahmen eines gerechten und passenden Ausgleiches zwischen den beiden Ländern erfolgen konnte. Die Art und Weise, wie der Staatssekretär Helfferich den Kaiser informierte, hat mich zu ihm in scharfe Kampfstellung gebracht. **Beim Empfang der Abgeordneten beim Kaiser anläßlich der Friedenszielresolution des deutschen Reichstages stellte es sich heraus, daß der Kaiser die Friedensresolution im völlig falschen Lichte dargestellt erhalten hatte.** Der Kaiser sprach damals davon, daß Deutschland alle Rohstoffgebiete erhalten müsse, die es benötige, und bezeichnete dies als einen gerechten Ausgleich. Eine solche Auffassung hatte er nur durch den damaligen Staatssekretär Dr. Helfferich erhalten können.

Erzberger fährt fort: „August Thyssen hat schon im September darauf hingewiesen, daß Deutschland den Krieg verlieren muß, wenn wir uns nicht die Ausbeutung der kolossalen französischen Erzlager sichern. Während unsere Feinde ihre Stahlproduktion im Kriege ständig steigern konnten, ist die deutsche Stahlproduktion sogar zurückgegangen. Militärische Autoritäten können bestätigen, was für Ströme deutschen Blutes dies gekostet hat. Die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" hat schon vor meinem Eintritt in den Aufsichtsrat die staatliche Organisation der Ausbeutung des Brieyer Beckens als vollkommen unzureichend bezeichnet und beantragt, daß die Ausbeutung einem Unternehmen übertragen werde, dessen Betriebe in der Nähe gelegen sind, und daß diese Ausbeutung unter Aufsicht des Reiches, nach bergmännischen Grundsätzen für Rechnung des französischen Eigentums vorzunehmen sei. Es wurde auch eine Zechenverwaltung in Metz gebildet, aber ohne Hinzuziehung der Firma Thyssen, obgleich diese die Sache angeregt hatte. Erzberger weist darauf den Vorwurf zurück, er sei für die Uebertragung französischen Eigentums während des Krieges eingetreten. Ein solches Verlangen habe er niemals gestellt, sondern er habe nur die Eingabe der Firma Thyssen vom 23. Mai vertreten, in der von keiner Abtretung französischen Eigentums auf französischem Gebiete die Rede gewesen sei. Wenn ich auch eine solche Zumutung, die Helfferich als einen Verstoß gegen das Völkerrecht bezeichnet, damals geäußert hätte, so hätte Helfferich schon damals den Reichskanzler Bethmann Hollweg darauf aufmerksam machen müssen.

Für die Liquidation des Besitzes französischer Firmen in Lothringen sei er (Erzberger) eingetreten, aber nicht im Interesse der Firma Thyssen, sondern im Interesse der lothringischen Bevölkerung. Von vielen lothringischen Abgeordneten wurde der Standpunkt vertreten, daß die lothringischen Erze auch in Lothringen verhüttet werden müssen. Später habe er sich allerdings gegen die Liquidation ausgesprochen, als diese übertrieben wurden und eine Gesellschaft „Welmark" gegründet worden sei, die französischen Grund und Boden in Lothringen enteignen wollte, um ihn mit Deutschen zu besiedeln. Was die Erhebung von Ausfuhrzöllen anbetrifft, so sei von ihm und anderen Abgeordneten, u. a. dem Abgeordneten Südekum, verlangt worden, sie sollten ihre Zustimmung zu dem Helfferichschen Gesetzentwurf geben, ohne von dessen Inhalt überhaupt Kenntnis zu haben. Das habe er sowohl wie Südekum abgelehnt. Auch war bei dem damaligen Stande unserer Valuta eine Ausfuhrabgabe nicht am Platze. Erst nach dem Rückgang der deutschen Valuta und dem zunehmenden Mangel an Kohlen und Eisen auf dem Weltmarkte habe er den Gedanken der Ausfuhrabgabe aufgenommen, zumal inzwischen bereits 844 Millionen Mark Ausfuhrabgaben tatsächlich erhoben seien, die aber nicht in die Kassen des Reiches geflossen sind.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Erzberger aus seiner Stellung als Aufsichtsrat des Thyssenkonzerns außer seinem jetzigen Bezuge von 40 000 Mark jährlich noch sonstige materielle Vorteile gezogen habe antwortete Erzberger verneinend.

Helfferich zieht aus einer Erklärung, die Thyssen im Herbst 1914 ihm gegenüber gemacht hat und die besagt, daß Thyssen mit Erzberger beim Kriegsministerium gute Erfahrungen gemacht habe, die Schlußfolgerung, daß Erzberger auch damals bereits zu Thyssen in intimen geschäftlichen Beziehungen gestanden habe.

Der Vorsitzende stellt hierauf an Erzberger die Frage, ob der Zeuge bei der Uebernahme des Aufsichtsratspostens sich nicht verpflichtet geglaubt habe, auch entgegen seiner politischen Ueberzeugung die Interessen des Unternehmens zu vertreten.

Erzberger verneint diese Frage.

Helfferich: „Hat der Zeuge sich die Frage gestellt, in welcher Richtung Herr Thyssen ihn für den Aufsichtsrat zu gewinnen versuchte?" Da er nicht über besondere geschäftliche oder juristische Kenntnisse verfügte, konnte doch nur die politische Stellung des Nebenklägers in Betracht kommen.

Erzberger beruft sich demgegenüber darauf, daß ein Gesetz, das einem Abgeordneten den Eintritt in einen Aufsichtsrat verbietet, nicht besteht.

Der Vorsitzende geht dann zu der

Wandlung Erzbergers vom Annexionisten zum Pazifisten

über.

Erzberger bekundet, daß er bereits nach der Marneschlacht den Eindruck gehabt habe, daß unsere Lage sich bedeutend verschlechtert habe und daher nur ein Verständigungsfriede möglich sei. Infolge seiner Tätigkeit als Berichterstatter für den Militär-Etat hatte er vielfach von geheimen militärischen Angelegenheiten Kenntnis erhalten. So kannte er die Auffassung des Generalstabes, daß wir den Krieg im Westen unbedingt innerhalb 6 Wochen erfolgreich beenden mußten. Ueber die Unterredung, die Erzberger im Jahre 1917 mit August Thyssen im „Hotel Adlon" gehabt hat und die sich auf den Erwerb von Longwy und Briey bezog, erklärt der Reichsfinanzminister, daß er sich auf die Einzelheiten dieser Besprechung nicht mehr besinnen könne.

Auf eine Frage Helfferichs bekundet Erzberger noch, daß er von einer Verwendung von Reichsgeldern für die annexionistische Propaganda nichts wisse.

Gegen 1 Uhr tritt eine Pause in der Verhandlung ein.

Bei der nach der Pause fortgesetzten Zeugenvernehmung des Reichsministers Erzberger legt sowohl der Verteidiger Helfferichs, Alsberg, wie auch Helfferich selbst aufs schärfste gegen den Vorwurf Erzbergers Verwahrung ein, daß Staatssekretär Helfferich den Kaiser über die Friedensresolution des Reichstages falsch unterrichtet habe. In längeren Auseinandersetzungen wurde die Frage zu klären versucht, ob in den Eingaben des Thyssen-Konzerns betreffend das Erzbecken von Briey nur das Ausbeutungsrecht der Erzgruben oder die Annexion und der Eigentumserwerb der Gruben verlangt wurde.

Erzberger bestreitet gegenüber den Feststellungen des Staatssekretärs Helfferich, daß er jemals die völkerrechtswidrige Eigentumsübertragung von Gruben auf französischem Boden von der damaligen Regierung für den Thyssenkonzern beantragt habe.

Weiterhin wurde festzustellen versucht, von wem aus die Initiative zu dem Austritt Erzbergers aus dem Aufsichtsrat des Thyssen-Konzerns ausgegangen ist.

Helfferich behauptet unwidersprochen, daß die Initiative zu dem Ausscheiden Erzbergers von Seiten Thyssens ausgegangen sei, da Thyssen nach der Erzbergerschen Friedensresolution sich von der Tätigkeit Erzbergers keinen Erfolg mehr versprach. Helfferich wies dann noch darauf hin, warum, wenn nach Erzberger im Jahre 1916 die Ausfuhrabgaben infolge der damals noch günstigen Valutaverhältnisse nicht notwendig gewesen seien, er 1918 davon sprechen konnte, die Regierung habe jahrelang wenigen Glücklichen große Verdienste aus dem Ausfuhrgeschäft zukommen lassen. Helfferich schloß seine zahlreichen Angriffe auf Erzberger mit folgenden Worten: „Ich frage den Zeugen Erzberger, ob er, wenn er im Februar 1918 noch im Aufsichtsrate der Firma Thyssen gesessen hätte, seine schweren Angriffe wegen der Ausfuhrzölle gegen die Regierung gerichtet hätte. Ich will aber den Zeugen Erzberger nicht in Verlegenheit bringen und erspare ihm die Antwort darauf."

Von Seiten Erzbergers erfolgte hierauf keine Antwort.

Die Sitzung wurde alsdann auf Sonnabend ½10 Uhr vertagt.

Der Friedenszustand im besetzten Gebiet.

Die französischen Behörden erlassen durch die deutschen Ortsbehörden eine neue Verordnung, die den Friedenszustand, wie er französischerseits im besetzten Gebiet aufgefaßt wird, beleuchtet. Danach wird den deutschen Besitzern strengstens verboten, die Räumlichkeiten, die einem Angehörigen der Besatzungstruppe vermietet oder überwiesen sind, in Abwesenheit des Mieters oder ohne seine besondere Erlaubnis zu betreten oder eigenmächtig Gegenstände irgendwelcher Art daraus zu entfernen. Solche Handlungen werden künftig als Spionageversuch oder als Attentat gegen die Sicherheit der Truppen verfolgt und schwer bestraft.

Der Lügner Philipp Price.

Der „Daily Herald" vom 15. Januar veröffentlicht ein Telegramm seines Berliner Berichterstatters Philipp Price, in dem dieser behauptet, Augenzeuge der Vorfälle am 13. Januar vor dem Reichstag gewesen zu sein, und dann diese folgendermaßen darstellt:

Die Demonstranten hätten Abordnungen zu den Abgeordneten entsenden wollen, um ihre Forderungen schriftlich und mündlich zu unterbreiten, aber „die Weißgardisten Noskes", die um das Gebäude herum Wache hielten, hätten ihnen den Einlaß verweigert. „Daraufhin sei es den Arbeiterdelegierten durch Drängen gelungen, in das Gebäude hineinzukommen, aber Truppenverstärkungen hätten sie wieder hinausgeworfen." Sodann heißt es wörtlich:

„Diese Truppen begannen sodann den Versuch, die Menge vom Reichstag zurückzudrängen. Es war schwer zu sehen, was darauf folgte, aber ich war Zeuge ernster Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Truppen und Soldaten zwischen dem Bismarckdenkmal und der Treppe zum Reichstag. Eine Anzahl von Noskesoldaten wurde durch die Menge entwaffnet, aber ich sah keinen einzigen Soldaten, der in diesem Stadium angegriffen oder verletzt worden wäre. Gegen drei Uhr eröffneten die Truppen plötzlich das Feuer von der Freitreppe des Reichstages aus, und es folgte eine Schreckensszene. Eine große Anzahl von Demonstranten fiel, während vereinzelte Soldatengruppen durch die Menge angegriffen und ernstlich mißhandelt wurden."

Price stellt also die Sache so dar, als hätte sich die Menge vor dem Beginn der Schießerei durchaus friedlich benommen, als hätte die Truppe ganz plötzlich auf diese friedliche Menge geschossen und als seien diejenigen Sicherheitssoldaten, die verletzt wurden, erst nach der Schießerei angegriffen worden. Er nutzt die Gastfreundschaft Deutschlands rücksichtslos zugunsten seiner bolschewistischen Freunde aus, in dem er sich als Augenzeuge hinstellt und bewußt unwahre Angaben, die durch Hunderte von anderen Zeugen, durch die Kugelspuren im Reichstagsportal und durch die vielen zerbrochenen Gewehre einwandfrei widerlegt werden.

Ein Milliardenkredit Hollands an Deutschland.

Wie nunmehr amtlich bestätigt wird, haben die Verhandlungen zwischen den bevollmächtigten Kommissionen der deutschen und niederländischen Regierungen zu einer Uebereinkunft über einen den beiderseitigen Regierungen vorzuschlagenden Vertragsabschluß geführt. Danach erhält Deutschland einen Kredit von 200 Millionen Gulden auf 10 Jahre und verpflichtet sich zur Weiterlieferung der im Vorjahre vereinbarten Kohlenmengen auf einer neu vereinbarten Weltmarktpreisbasis, sowie zu einer Regelung der im holländischen Besitz befindlichen Kohlenfelder an der deutschen Grenze, die den aus der Grenzlage sich ergebenden ökonomisch-technischen Verhältnissen entspricht und hierdurch den weiteren Ausbau dieser Felder in beiderseitigem Interesse ermöglicht.

Der Kredit soll in Höhe von 60 Millionen Gulden zum Ankauf von Lebensmitteln in Holland, in Höhe von 140 Millionen Gulden zum Ankauf von Rohstoffen in beliebigem Lande Verwendung finden.

Die Vorgeschichte des Mordes von Serajewo.

Slovenische Blätter in Laibach melden zur Vorgeschichte der Ermordung Franz Ferdinands, daß bei der Zusammenkunft in Konopischt im Jahre 1914 Exkaiser Wilhelm mit Franz Ferdinand einen Plan zur Besetzung von Serbien besprochen habe. Als dieses in Serbien bekannt wurde, sei die Ermordung Franz Ferdinands beschlossen worden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sozialdemokratische Interpellation zugunsten der pommerschen Landarbeiter.

Die mehrheitssozialistische Fraktion hat in der Nationalversammlung eine Interpellation über die Kündigungen organisierter Landarbeiter durch pommersche Grundbesitzer eingebracht, die teilweise mit der offenen Erklärung erfolgte, daß dadurch das Koalitionsrecht der Landarbeiter aufgehoben werden solle. Von 18 Gütern waren 83 solcher Kündigungen berichtet worden. Einheimische Landarbeiter werden nicht eingestellt. Solche sind sogar entlassen und an ihre Stelle Ausländer eingestellt worden. — Die Interpellation ist sehr zu begrüßen. Der Junkersippe in Pommern muß zu Gemüte geführt werden, daß die Zeiten ihrer absoluten Herrschaft vorüber sind.

Zwangswirtschaft und Landwirtschaft.

Eine offiziöse Erklärung wendet sich gegen Meldungen, die den Anschein erwecken wollen, als stehe die Aufhebung der Zwangswirtschaft nahe bevor. Durch diese Meldungen werde die Ernährungskrisis nur noch verschärft, weil die Landwirte zu der Meinung gebracht werden könnten, es stünden bedeutend höhere Preise bevor. Selbstverständlich kann **an eine Aufhebung der Zwangswirtschaft vor der neuen Ernte überhaupt nicht gedacht werden.** Diese Forderung sei auch von keiner landwirtschaftlichen Organisation im Ernst vertreten worden. Für eine schrankenlose freie Wirtschaft trete überhaupt kein verantwortlicher Sachkenner ein, auch nicht Dr. Heim, der erst jüngst wieder in der Nationalversammlung die Sicherung der Volksernährung durch Lieferungsverbände als unumgänglich bezeichnet habe. Wer sich jetzt der Ablieferungspflicht entziehe, leiste den Gegnern der Landwirtschaft Vorschub. Deshalb sollten die landwirtschaftlichen Verbände ihren ganzen Einfluß aufbieten, um gerade jetzt die Ablieferung zu beschleunigen und auf das höchste Maß zu steigern. Dann werde es nicht schwer sein, die unverständigen Widerstände gegen eine wirksame Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung aus dem Weg zu räumen und die Bedingungen für die Produktion des nächsten Jahres derart festzulegen, daß die Landwirtschaft zur höchsten Leistung angespornt und befähigt wird.

Das neue Auswanderungsgesetz.

Am 19. Januar fand, wie die „P. P. N." erfahren, die erste diesjährige Tagung des Beirats des Reichswanderungsamtes unter der Leitung des Präsidenten Dr. Jung statt. Nach einleitenden Uebersichten über den gegenwärtigen Stand der Aus- und Rückwanderungsbewegung und über die Tätigkeit des Reichswanderungsamtes wurde der Entwurf des neuen Auswanderungsgesetzes eingehend durchberaten. Es wurde eine ganze Reihe wertvoller Abänderungsvorschläge gemacht und allgemein als dringender Wunsch bezeichnet, daß das neue Auswanderungsgesetz recht bald in Kraft treten möge.

Die neue Generalstreikhetze im Ruhrrevier.

Gegenüber den Bestrebungen der Kommunisten und „Unabhängigen" im Ruhrrevier einen neuen Generalstreik zu entfachen, hat jetzt eine starke Gegenbewegung der auf dem Standpunkt der sozialdemokratischen Partei stehenden Mitglieder des Bergarbeiterverbandes eingesetzt. In vielen Bezirken haben Zusammenkünfte der S. P. D.-Mitglieder des Bergarbeiterverbandes stattgefunden, in welchen Entschließungen angenommen wurden, die den Entschluß zum Ausdruck bringen, im Falle eines Kampfes gegenüber den von den Radikalen irregeleiteten Arbeitern **die Interessen der deutschen Arbeit wahrzunehmen und mit allen Kräften die Desorganisationsbestrebungen der radikalen Elemente zu verhindern.**

Der Ausnahmezustand.

Die Verhaftung des Herausgebers und Leiters der „Räte-Zeitung", Dr. Alfons Goldschmidt, ist, wie halbamtlich gemeldet wird, wegen des Gesamtinhalts der letzten Nummer dieser Zeitung erfolgt. Dr. Goldschmidt ist übrigens Donnerstag früh wieder aus der Haft entlassen worden. Die „Räte-Zeitung" bleibt jedoch verboten.

Am Mittwoch befaßte sich eine Vertrauensmännerversammlung der Berliner Buchdrucker und Hilfsarbeiter mit den Verboten radikaler Blätter. Ein Vorschlag der linksstehenden Vertreter den sofortigen Generalstreik zu beschließen, wurde abgelehnt, dagegen eine Entschließung angenommen, in der völlige Pressefreiheit, sofortige Aufhebung der Zeitungsverbote und Wiederherstellung der gesetzlichen Rechte verlangt wird. Diese Entschließung soll der Regierung durch einen Ausschuß überreicht werden.

Der Oberbefehlshaber des Wehrkreiskommandos VI in Münster hat folgende kommunistische und „unabhängige" Zeitungen verboten: „Union" in Gladbeck, „Freiheit" in Düsseldorf, „Volksstimme" und „Mitteilungen der U. S. P. D." in Hagen, „Bergische Volksstimme" in Remscheid, „Kommunist" und „Volkszeitung" in Düsseldorf, sowie die „Volkstribüne" in Elberfeld, die dann in Düsseldorf gedruckt, teilweise in Elberfeld verteilt, sofort aber gleichfalls verboten wurde.

Ein Kommunistenführer verhaftet und wieder befreit.

In einer von Erwerbslosen veranstalteten Versammlung in Falkenstein i. V. erschien plötzlich der von der Staatsanwaltschaft Plauen steckbrieflich verfolgte und seit längerer Zeit gesuchte Kommunist Hölz, der seinerzeit die Putsche in Falkenstein heraufbeschworen hatte. Als er schon einige Zeit gesprochen hatte, erschien ein Schutzmannsaufgebot, welches den Gesuchten verhaftete. Plötzlich wurde das Licht im Saal ausgedreht und Hölz von seinen Freunden befreit. Die Schutzmannschaft wurde von allen Seiten angegriffen, so daß sie den Verhafteten loslassen mußte. Dieser gelangte durch eine freie Gasse an ein Saalfenster, durch welches er entwich.

Es ist bereits das vierte Mal, daß Hölz in Versammlungen auftauchte und stets rechtzeitig wieder entweichen konnte. Bei der gewaltsamen Entfernung im Saal wurde ein Wachtmeister zu Boden geschlagen und schwer verletzt. Die Staatsanwaltschaft in Plauen hat die auf die Ergreifung des Kommunisten Max Hölz ausgesetzte Belohnung von 2000 auf 5000 Mark erhöht.

Ueberfluß an Rohstoffen.

Einer der größten Importeure Rotterdams sagte dem Korrespondenten des Berliner „Lokalanzeigers": Im Rotterdamer Hafen häufen sich die Güter an, wofür kein Lagerraum und kein Absatz zu finden ist. Im Maashafen verfaulen die Tabakballen unter freiem Himmel. Nicht einmal für 50 Zentner ist freier Lagerraum vorhanden. Wir haben zu teuere Arbeitskräfte in Holland und können die Rohstoffe nicht selbst verarbeiten. Wir wissen mit diesem Ueberfluß nichts anzufangen. Deutschland aber hat keine Rohstoffe und kann Rohstoffe bei seiner niedrigen Valuta nicht kaufen, während es Rohstoffe dringend braucht, um seine Arbeitslosen zu beschäftigen. **Die Lieferung von Rohstoffen gegen langfristige Kredite an Deutschland ist das einzigste Mittel zur Gesundung, wenn wir nicht in eine Katastrophe geraten wollen.**

Kleine politische Nachrichten.

Am kommenden Sonntag wird in Paris eine Konferenz der Botschafter eröffnet werden, die die Ausführung des Versailler Friedensvertrages besorgen soll.

Der Deutsche Geschäftsträger Reichsminister a. D. Dr. Mayer ist nach Paris abgereist.

Der Zentrumsparteitag billigte einstimmig die bisherige Mitarbeit in der Koalitionsregierung. Abg. Trimborn wurde zum Vorsitzenden der Partei gewählt.

Im Falle Stlarz begannen die Vernehmungen bei der Staatsanwaltschaft. Der Prozeß, dem sich Scheidemann und Noske als Nebenkläger anschlossen, dürfte im Februar stattfinden.

In allen größeren Orten des westpreußischen Abstimmungsgebietes wurden in den letzten Tagen Versammlungen abgehalten. Ueberall wurden Entschließungen gefaßt, in denen die versammelten deutschen Männer und Frauen geloben, treu zum deutschen Vaterlande zu stehen.

Der Riß im bayerischen Zentrum wird immer größer. Domkapitular Hebel, Mitglied der Nationalversammlung, ist wegen der Lösung der Verbindung der bayerischen Volkspartei mit dem Zentrum des Reichstages aus der Nationalversammlung ausgeschieden und hat sein Mandat niedergelegt.

Im bayerischen Finanzausschuß machte ein Regierungsvertreter auf eine Anfrage die Mitteilung, daß Bayern dem päpstlichen Nuntius gegenüber seine Bereitwilligkeit erklärt habe, in vertragsmäßiger Form eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, also ein Konkordat, herbeizuführen.

Der Redakteur des „Volksblates" in Halle, Kasparek, der behauptet hatte, die Untersuchung gegen den zu drei Jahren Gefängnis verurteilten ehemaligen Revolutionsmachthaber Kilian sei aus politischen Gründen neun Monate hinausgeschleppt worden, wurde von der Strafkammer Halle wegen Beleidigung des Untersuchungsrichters zu 1700 Mark Geldstrafe verurteilt.

Nach Mitteilungen des lettischen Pressebureaus sind von den 90 Plätzen der Bürgervertretung in Riga zwei Drittel von Vertretern der bürgerlichen Parteien besetzt worden und das andere Drittel von den Sozialdemokraten, so daß die bürgerlichen Parteien in der Mehrheit sind.

Das britische Parlament wird am 10. Februar durch König Georg eröffnet werden.

Nach einer offiziellen Meldung aus Tokio folgt Japan dem amerikanischen Beispiel und ruft seine Truppen aus Sibirien ab.

„Berlingske Tidende" meldet aus Helsingfors: Einem bolschewistischen Funkspruch zufolge soll sich auf Kamtschatka eine friedliche Revolution vollzogen haben. Die Soldaten schlossen sich der Bevölkerung an und verhafteten die Offiziere und Beamten.

Oesterreich.

Freilassung der ungarischen Kommunisten.

Ein Teil der ehemaligen ungarischen Kommunistenführer, welche in Karlstein interniert waren, wurden freigelassen. In Karlstein befinden sich derzeit nur noch Bela Khun, sowie Dr. Ernst Bettelheim und mehrere andere ehemalige ungarische Volksbeauftragte, gegen welche ein Auslieferungsansuchen seitens Ungarns vorliegt.

Ungarn.

Die neue Nationalversammlung.

Die Wahlen für die ungarische Nationalversammlung finden am 25. Januar statt. Im Wahlkampfe stehen sich zwei Parteien einander gegenüber: die christliche Partei, die als ihren eigentlichen Führer den Kriegsminister Friedrich betrachtet, und die Partei der kleinen Landwirte, deren Führung immer mehr in die Hände des Ackerbauministers Rubinek gelangt. Da in Ungarn zum ersten Male nach dem geheimen und allgemeinen Wahlrecht abgestimmt wird, muß man sich auf Ueberraschungen gefaßt machen. Die Partei der kleinen Landwirte scheint jedoch die meisten Aussichten zu haben. Die Wahlenthaltung der Sozialdemokratie ist von keiner Bedeutung, da sie auch im Falle einer Beteiligung am Wahlkampfe nur eine kleine Zahl von Stimmen erhalten hätte.

Tschechien.

Beendigung des Streiks im Ostrau-Karwiner Kohlenrevier.

TU. Mährisch-Ostrau, 22. Januar. Auf Grund eines Ultimatums der Bergarbeiterschaft im Ostrau-Karwiner Kohlenrevier hat die Regierung die Aufrechterhaltung der staatlichen Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel zugesagt. Gegen Wucher und Preistreiberei wird das Standrecht verkündet. Alle Löhne werden sofort um 20% erhöht. Infolgedessen ist Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Italien.

Der Eisenbahnerstreik.

Nach dem „Secolo" ist der Streik in Bologna allgemein, auch in Genua und Turin hat die Arbeitsniederlegung größeren Umfang angenommen. Sie beträgt dort beinahe 90 Proz. Dagegen hatte der Streik wenig Erfolg in Verona, wo alle Züge mit einer ziemlichen Regelmäßigkeit abgefertigt werden konnten. Die Blätter veröffentlichen einen Aufruf an alle Zivilingenieure, ihren Teil zu einer besseren Bewältigung des Verkehrs während des Streiks beizutragen.

Portugal.

Ein Sozialdemokrat im Ministerium.

Der Demokrat Domenigo Perreira hat ein Konzentrationsministerium gebildet, dem auch ein Sozialdemokrat angehört.

Mexiko.

Bolschewistische Strömungen?

Nachrichten amerikanischer Blätter aus Mexiko melden die Verhaftung des Generals Alvaremo, des früheren Gouverneurs von Yucatan, durch Offiziere, die auf den Befehl Carranzas handelten. Alvaremo wird beschuldigt, auf dem Wege gewesen zu sein, sich der revolutionären Bewegung anzuschließen und eine Sowjetregierung in Yucatan einzusetzen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 23. Januar.

An die ehemaligen Kriegsgefangenen

drängen sich alldeutsch gerichtete Kreise unserer Bevölkerung, die doch das ganze Kriegselend mit auf dem Gewissen haben, in verdächtigem Eifer heran. Sie möchten dieselben gern aufs neue vor ihren arg in den Dreck gefahrenen Karren spannen und haben zu diesem Zweck eine „Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" gegründet, der sie auch gern die in Lübeck vorhandenen früheren Kriegsgefangenen zuführen möchten. Am Dienstag hielt man eine Propagandaversammlung ab, die der Redakteur der deutsch-nationalen „Lübeckischen Anzeigen", Major a. D. Stavenhagen, leitete. Ganz und gar mißfiel es diesem Herrn, daß Mitglieder des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemalige Kriegsteilnehmer die Gelegenheit benutzten, um für ihre Organisation zu werben. In seinem Blatt, das s. Zt. den Krieg mit Genugtuung begrüßte und bei jeder Friedensmöglichkeit nach der Fortsetzung des Mordens bis zum deutschen Annexionsfrieden schrie, suchte er den Reichsbund als „ausgesprochen parteipolitisch" hinzustellen, im Hinblick auf die Namen der Führer, unter denen sich erfreulicherweise Sozialdemokraten befinden. Wenn Namen solche Bedeutung haben, dann bedeutet der Name Stavenhagen von den „L. A." ein Programm, auch wenn er nur der Vorsitzende dieser Versammlung war. Die Kriegsgefangenen haben gewiß viel Bitteres erduldet und die daraus entspringende Stimmung läßt sich bei manchen in Haß gegen die ehemaligen Feinde Deutschlands ummünzen. Solchen Haß schüren aber mit Vorliebe die alten Kriegshetzer. Auf diese Weise möchten sie die eigene große Schuld verdunkeln. Unsere Pflicht ist es, auf diese Bestrebungen aufmerksam zu machen. — Die erwähnte Versammlung wandte sich weiter gegen die Auslieferung des Kaisers und der mit ihm angeschuldigten Generäle usw. Die „L. A." berichten, daß mehrere unabhängige Sozialdemokraten nachher erklärt hätten, sie würden gern einen diesbezüglichen Aufruf unterzeichnen. Das wird als „erfreuliche Einsicht" gelobt. Das deutschnationale lübsche Amtsblatt und die Unabhängigen in schöner Seelenharmonie beim alldeutschen Gesang „Rettet die Ehre!" Kommentar unnötig.

Im Verein für Schulgesundheitspflege sprach Fräul. Anna Sick, Gymnastikdirektor, über Körperhaltung und Turnen". Die allgemeine schlechte Haltung unserer Jugend, so führte sie aus, ist zum großen Teil das Resultat der einseitig sitzenden Lebensweise während der Schulzeit ohne genügendes Gegengewicht in Gestalt einer planvollen körperlichen Erziehung und verschlimmert durch die Unterernährung der Kriegsjahre. Spiel und Sport, die auch noch nicht genügend geübt werden, können diesem Mangel nicht abhelfen, da sie, weil sie andere Aufgaben haben und äußere Ziele verfolgen, von diesen abhängig sind und nicht allein und rein den Geboten für die gesunde Entwickelung des menschlichen Körpers folgen können. Manche Sportzweige wirken auch einseitig entwickelnd, und nicht jeder Sport ist für das empfindliche Entwickelungsalter geeignet. Darum Vorsicht in dieser Zeit, besonders bei Wettkämpfen und Kraftübungen. Von gutem Einfluß auf die Haltung sind jedoch Schwimmen, Schneeschuhlaufen und Figurenlaufen auf Schlittschuhen. Beim Wandern ist ein zu schwerer Rucksack von schädlichem Einfluß auf die Haltung der noch unentwickelten Jugend. Turnen kann — wegen seiner ausschließlichen Einstellungsmöglichkeit auf den menschlichen Körper, seiner Unabhängigkeit von äußeren Zielen und seiner berechenbaren Muskelarbeit — die Entwickelung einer guten Haltung planvoll fördern. Unser Turnen muß vor allem Haltungsturnen werden. Die gute Haltung ist von so entscheidender Wichtigkeit wegen der innigen Zusammenhänge zwischen der Haltung der Wirbelsäule und der Form des Brustkorbs mit Atmung, Blutkreislauf und Stoffwechsel. Ebenso wie die schlechte Haltung die Lungenentwickelung und damit Blutkreislauf und Gesundheit zum Schlechten beeinflussen kann, kann auch eine gestörte Lungenentwickelung die Haltung zum Schlechten beeinflussen. Die gute Haltung dagegen setzt kräftige Rückenmuskeln voraus und hat einen gut gewölbten und beweglichen Brustkorb und damit gute Lungenentwickelung, Blutkreislauf und Stoffwechsel zur Folge. Die biologische Entwickelung der aufrechten Haltung zeigt eine starke natürliche Bevorzugnug der Beuge- und Streckmuskulatur. Dazu arbeiten die Beugemuskeln unter weit günstigeren Arbeitsverhältnissen als die Strecker, die den kurzen Hebelarmen und der Schwere entgegen wirken müssen. Da aber die Strecker die Muskeln sind, die eine gute Haltung bewirken, so ist es Pflicht aller, die sich mit der körperlichen Erziehung der Jugend beschäftigen, diese Muskeln besonders zu kräftigen und eine besondere Bevorzugung der Beugemuskeln zu verhüten. Diese Forderung wird in unserem heutigen Turnunterricht noch nicht genügend beachtet, besonders nicht im Geräteturnen. An den Ringen ausgeführte Klimmzüge, nicht genügend vorbereitetes Klettern an Stangen (statt an Tauen), manche Uebungen an den zu schmalen senkrechten Leitern, vor allem aber der Stützhang am Barren sind verhängnisvoll für die Haltung, da sie die schon von der Natur bevorzugten Beugemuskeln, vor allem die großen Brustmuskeln besonders in Anspruch nehmen und kräftigen. Aus all diesen Gründen ist ein tieferes Durchdringen des Turnunterrichts mit wissenschaftlichen Grundsätzen, Verbesserung der hygienischen Verhältnisse der Turnhallen und ihrer Einrichtung, vor allem aber eine längere, bessere und mehr wissenschaftliche Ausbildung der Turnlehrer und Turnlehrerinnen zu fordern.

Eine finnische Messe und Ausstellung soll vom 27. Juni bis 6. Juli ds. Js. in Helsingfors abgehalten werden. Da Lübeck mit Finnland in regem Handelsverkehr gestanden hat, der hoffentlich bald wieder die alte Ausdehnung annimmt, ist diese Mitteilung für unsere Hansestadt von allgemeinem Interesse.

Polizeibericht. Von einem im hiesigen Hafen liegenden Dampfer sind in den letzten Nächten größere Fleischmengen im Werte von zirka 2000 Mark entwendet worden. — Einem Melker, der sich in einer Wirtschaft an der Untertrave aufhielt, ist dort ein Trauring, gez. S. Halweg, eine silberne Uhr mit Goldrand und eine Haaruhrkette mit Goldfassung gestohlen. — Festgenommen wurde ein in der Travelmannstraße wohnhafter Arbeiter wegen Verbrechens gegen § 176 des R. St. G. B. — Festgenommen wurden zwei Matrosen aus Devenitz bezw. Raths-Damnitz wegen Diebstahls. Bei der Revision des Dampfers, auf dem sie bedienstet sind, wurden 200 Briefmappen und 26 Hackbeile in ihrem Besitz gefunden, über deren rechtmäßigen Erwerb sie sich nicht ausweisen konnten. Sehr wahrscheinlich rühren die Gegenstände von einem Diebstahl her. — Ermittelt und festgenommen wurde ein Maschinist aus Alt-Horst, der in dem dringenden Verdachte steht, einen Fahrraddiebstahl ausgeführt zu haben. Das wahrscheinlich gestohlene Fahrrad mit schwarzem Rahmen und nach unten gebogener Lenkstange wurde ihm abgenommen und wird in der Kriminalpolizei aufbewahrt, wo es von dem rechtmäßigen Eigentümer in Empfang genommen werden kann. — Festgenommen wurde ein im Fünfhausen wohnhafter Maschinenschlosser wegen Hehlerei und Einbruchsdiebstahl. Der Festgenommene hatte nicht allein einen Teil des bei einem Manufakturwarenhändler in der Königstraße gestohlenen Diebesgutes an sich gebracht, sondern er hat auch vor einiger Zeit einen Einbruchsdiebstahl in einem industriellen Unternehmen am Kanal ausgeführt, bei dem ihm diverse Werkzeuge und ein Schraubstock in die Hände gefallen war. — In der Nacht zum 22. d. Mts. ist der Gutsverwaltung in Brandenbaum ein 4 Monate altes schwarz und weißes Kuhkalb gestohlen worden. — Heute vormittag ist ein vor einem Hause Balauerfohr hingestelltes Fahrrad, Marke Patenia, mit der Fabriknummer 570 283 gestohlen. Der Geschädigte setzt für die Wiedererlangung seines Fahrrades eine Belohnung von 200 Mark aus.

Berichtigung. In dem in der gestrigen Ausgabe enthaltenen Bericht über die Kartellversammlung muß es im letzten Absatz statt „Eingabe des Wohlfahrtsamtes" eine „Eingabe der Lübecker Wohlfahrtsspende" heißen.

Angrenzende Gebiete.

Stockelsdorf. In das Genossenschaftsregister ist unter Nr. 11 die Genossenschaft unter der Firma Landeigentumsgenossenschaft für die Provinz Lübeck, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht mit dem Sitz in Stockelsdorf eingetragen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der gemeinschaftliche Ankauf von Grundbesitz, Gebäuden und landwirtschaftlichen Produkten für die Genossen. Vorstandsmitglieder sind Former Heinr. Hahmeier in Fackenburg, Maurer Franz Muus in Mori und Arbeiter Martin Nowack in Fackenburg. Die Geschäftsstunden sind festgelegt auf Freitags von 5—7 Uhr im Lokale des Herrn Heinr. Dose, Stockelsdorf. Beitrittserklärungen können beim Vorstand und im Geschäftslokal entgegengenommen werden.

Schwartau. Die Arbeitsbaugenossenschaft wurde durch eine öffentliche Versammlung eingeführt, die vom Gewerkschaftskartell einberufen war. Der Referent sprach über das Thema: Die Sozialisierung auf dem Wege durch die Genossenschaft. Der Arbeiter will unter den veränderten politischen Verhältnissen im Wirtschaftsleben mit seiner ganzen Persönlichkeit zur Geltung kommen. Dazu muß eine Organisation geschaffen werden, die es ermöglicht, den Arbeiter nicht nur an einen Arbeitsplatz zu stellen. Der Arbeiter will bei der Herstellung des Erzeugnisses seiner Arbeit einen bestimmenden Einfluß haben und gleichfalls will er über den Verkauf des fertigen Produkts mitbestimmen. Dieses kann nur auf dem Wege der gemeinschaftlichen Arbeit in einer gutgeleiteten Arbeitsgenossenschaft erreicht werden. So haben die Genossen, die berufen waren, das Statut zu schaffen, ihr Bestes in die Satzung hineingelegt. Trotzdem nun die Drucklegung der Statuten erst in den letzten Tagen erfolgen konnte, hatten die bisher tätigen Genossen einen Erfolg zu verzeichnen, indem bereits 800 Mitglieder ihren Beitritt vollzogen haben. Das einzige Werbematerial, was zur Verfügung stand, war der kurze Satz der Beitrittserklärung, welcher lautet: Gegenstand des Unternehmens ist: Uebernahme und Verwaltung von Hoch- und Tiefbauten, von Arbeiten in der Land- und Forstwirtschaft, Errichtung und Betrieb von Werkstellen für alle Gewerke und Absatz der gewonnenen Erzeugnisse. Erwerb, Verwaltung und Pachtung von Grund und Boden; Verwaltung einer Bankabteilung. An den Vortrag knüpfte sich eine rege Diskussion an, wobei alle Redner für den Ausbau des Genossenschaftswesens eintraten und sämtliche Teilnehmer erklärten, ihren Beitritt zur Arbeitsbaugenossenschaft. In den Ausbreitungsausschuß wurden gewählt: Vorsitzender: Ernst Kahl, Schwartau, Kaltenhof 10; Kassierer: Johannes Heinzen, Schwartau, Ranzauer Allee 56; Schriftführer: Otto Scharkowsky, Rensefeld, Mühlenberg. Einzahlungen auf den Geschäftsanteil werden beim Kassierer entgegengenommen.

z. **Eutin.** Kartellsitzung. Der Kassenbericht wies 1618,30 Mk. Einnahmen und 1150,80 Mk. Ausgaben auf. Dem Kartell sind zehn Gewerkschaften angeschlossen, die 21 Delegierte entsenden. Die Präsenzliste soll in Zukunft stets verlesen werden. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Möller, Vorsitzender; Stellvertreter Oldenbord; Kassierer Scheck; Stellvertreter O. Sommer; Schriftführer Lüth; Stellvertreter Bremer. Die von einer Kommission ausgearbeiteten Kartellsatzungen wurden nach kleinen Aenderungen angenommen, ebenfalls eine Geschäftsordnung für das Kartell. Die Bibliothek verwaltet Koll. Laurnsen, Kieler Straße 30. Die Uebertrittsfrage wird nach Vorschrift des § 9 des Gewerkschaftsbundes geregelt. Danach hat jeder Arbeiter, der seinen Beruf wechselt, nach dreimonatiger Tätigkeit in diesem Beruf sich der zuständigen Organisation anzuschließen. Funktionäre haben 1 Jahr Karenzzeit. Arbeitersekretär Gogowski spricht am Mittwoch, dem 28 Januar, über Arbeitsbaugenossenschaften. Die Delegierten wurden ersucht, rege Propaganda für diesen Vortrag zu machen.

Gleschendorf. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan .... Die Direktion der Eutin-Lübecker Eisenbahn hat, wie uns aus Bahnhof Gleschendorf gemeldet wird, einen alten Bahnhofsarbeiter, der fast 35 Jahre bei der Eutin-Lübecker Eisenbahn beschäftigt ist, durch seinen Dienststellenvorsteher mitteilen lassen, daß ab 1. Februar ds. Js. sein Tagelohn von 11,20 Mark auf 6 Mark herabgesetzt wird. Während überall die Löhne infolge der ungeheuren Teuerung erhöht werden, will hier die Eisenbahndirektion einem in ihren Diensten grau gewordenen Arbeiter den bisherigen Lohn fast um die Hälfte kürzen. Dabei wird uns versichert, daß der alte Mann seine Arbeiten voll und gewissenhaft wie in den früheren Jahren ausführt. Mit 6 Mark Tagesverdienst kann heute niemand existieren. Ist das der Dank für langjährige treu geleistete Dienste?

Hamburg. Maskierte Räuber drangen abends in das Haus Hofweg 90 ein und überfielen ein dort wohnendes älteres Fräulein, fesselten es an Händen und Füßen, legten ihm einen Strick um den Hals und warfen es schließlich in ein Bett. Die beiden Räuber rafften dann für etwa 100 000 Mk. Silbersachen und Schmuckgegenstände zusammen und ergriffen mit ihrer Beute die Flucht, nachdem sie der gefesselten Hausbewohnerin zuvor den Halsstrick gelöst hatten. Erst am Mittwoch früh wurde die Gefesselte befreit. Das neuangestellte Dienstmädchen ist seit dem Tage des Ueberfalls spurlos verschwunden. Es hat wohl mit den Räubern im Bunde gestanden. — Behebung der Kohlennot. Infolge Aufhebung der Streckensperre und Wiederaufnahme der Kohlenzufuhren unterbleibt in Hamburg die Verkehrseinschränkung. Der Verkehr wird wahrscheinlich ab Montag, nach völliger Verkehrsruhe am Sonntag, bis 8 Uhr abends ausgedehnt werden. — Kartoffelnot. In der nächsten Woche können nur noch 2 Pfund Kartoffeln verteilt und es muß damit gerechnet werden, daß Ende des Monats überhaupt keine Kartoffeln mehr in Hamburg verteilt werden können, wenn nicht baldigst größere Zufuhren erfolgen. Leider ist die Lage der Mehlversorgung Hamburgs und Deutschlands aber auch eine derartig ungünstige, daß es nicht möglich ist, mehr als 200 Gramm Brot als Kartoffelersatz zur Verteilung zu bringen. — Teuerungszulage im Holzgewerbe. Der Arbeitgeber-Schutzverband von Hamburg und Nachbarstädten beschloß, mit Rücksicht auf die tatsächlich vorhandene Teuerung, eine vom Vorstande in einer vorangegangenen gemeinsamen Verhandlung mit Vertretern des Holzarbeiterverbandes vereinbarte Teuerungszulage, und zwar für alle Arbeiter über 20 Jahre 60 Pfg. pro Stunde, für Arbeiterinnen über 20 Jahre 45 Pfg., jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 20 Jahren 35 Pfg. zu bewilligen. Das Angebot wurde von der Arbeiterschaft angenommen.

Hamburg. Die Linksradikalen und das Betriebsrätegesetz. Der Verzweiflungskampf der unabhängig-kommunistischen Drahtzieher gegen das Betriebsrätegesetz geht weiter. Wohl deshalb, weil die Anhänger des „reinen unverfälschten Rätesystems" mit Recht befürchten, daß die Durchführung des Gesetzes ihrer Willkürherrschaft in einer großen Zahl von Betrieben ein Ende macht. Das Gesetz enthält nämlich, worauf Genosse Stampfer in einem Artikel hinweist, einen Paragraphen, der den Herrschaften sehr unbequem ist, und dieser Paragraph besagt, daß die Wahl der Betriebsräte in einem demokratisch geregelten Wahlverfahren mit geheimer Abstimmung stattzufinden hat. Man kann daher verstehen, wenn die kommunistische Parteileitung in der „Kommunistischen Arbeiterzeitung" ihre Anhänger auffordert, ohne Verzug, „heute noch", revolutionäre Betriebsräte zu wählen. Man möchte geschwind noch vor Toresschluß wilde, terroristische Wahlen machen. Die Unabhängigen und Kommunisten haben ganz gut begriffen, daß das Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes eine Lebenswende für sie bedeutet und daß sich von hier aus ihr Pfad abwärts neigt. Tritt das Gesetz in Kraft, dann ist die Herrschaft der schrankenlosen Phrase, wie sie jetzt noch in manchen Betrieben geübt wird, zu Ende und die Zeit sachlicher Arbeit und praktischer Erprobung beginnt. Jetzt gilt es, nicht mehr leeres Redestroh zu dreschen, sondern zu zeigen, was man leisten kann.

Hamburg. 15 Millionen für die Erwerbslosen. Die Hamburger Bürgerschaft bewilligte für die Erwerbslosenfürsorge weitere 15 Millionen Mark und schuf eine Hauptfürsorgestelle für Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte. — Kohlen eingetroffen. Die Gefahr der Betriebseinschränkung der elektrischen Verkehrsmittel in Hamburg auf die Morgenstunden ist infolge Eintreffens von Kohlen vorläufig beseitigt. — 30000 Mark durch Geldspindknacker erbeutet. Einbrecher haben zur Nachtzeit ein im Hause Neuerwall 44 gelegenes Geschäftslokal heimgesucht. Zunächst packten die unbekannten Eindringlinge mehrere Ballen Stoffe zusammen. Dann knapperten sie den Geldschrank auf, aus dem sie etwa 30 000 Mark in Banknoten nahmen. Da die Täter die zusammengepackten Stoffballen liegen ließen, scheinen sie sich mit der erbeuteten Baarsumme zufriedengegeben zu haben. Anfangs glaubte man, daß 70 000 Mk. fehlten, doch wurden die fehlenden 40 000 Mk. später an anderer Stelle gefunden. — Ausgeplünderte Bekleidungskammer. Die Bekleidungskammer des Zeitfreiwilligenkorps in Bahrenfeld ist von unbekannten Tätern vollständig ausgeraubt worden. Die Diebe haben insgesamt 152 Feldblusen, 315 Hosen, 84 Einheitsmäntel, 83 Leibriemen und 57 Tornisterriemen im Gesamtwert von 33 000 Mk. erbeutet.

Sonderburg. Die französische Besatzung in Stärke von 440 Alpenjägern und 16 Offizieren ist am Donnerstag eingetroffen. Die Truppen kamen mittels Sonderzuges von Köln. Die Dänen veranstalteten einen Empfang, dem sich ein Umzug durch die Stadt anschloß. — Ausgewiesen. Der Bürgermeister von Moorburg, Hardesvogt a. D. Kilnker, ist von der interalliierten Kommission bis zum 24. Januar ausgewiesen worden. Kilnker ist in Flensburg geboren und seit 40 Jahren in Moorburg ansässig. Er ist im Abstimmungsgebiet stimmberechtigt. — Wie aus Flensburg berichtet wird, bekam der Kommissionär Erichsen aus Kerrebec die Aufforderung, das Abstimmungsgebiet zu verlassen. Erichsen ist gebürtiger Nordschleswiger.

Nord-Schleswiger! Der deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig, Flensburg, teilt mit: Den Abstimmungsberechtigten der 1. Zone in Schleswig wird in den nächsten Tagen ein Ausweis, der als Reisepaß gilt, sowie ein Gutschein für eine Fahrkarte zugehen. Weiter erhält jeder Stimmberechtigte rechtzeitig einen Fahrplan über die Züge von und nach dem Abstimmungsgebiet zugesandt.

Schwerin. Hamsterwaren. Von der Sicherheitspolizei wurden auf den Bahnhöfen Kleinen, Dassow und Grieben an Lebensmitteln beschlagnahmt: 144 Pfund Schweinefleisch, 13 Pfd. Knochenfleisch, 3½ Pfd. Darmfett, 5 Pfd. Flomen, 16 Pfd. Butter, 10 Pfd. Pflanzenbutter, 163 Eier, 200 Pfd. Kartoffeln und 200 Pfd. Mehl, die den zuständigen Landesbehörden für Volksernährung zugeführt wurden.

Schwerin. Lieferung von Rindern an den Feindbund. Mecklenburg-Schwerin soll an den Feindbund abliefern: 2273 Kühe bis zu 6 Jahren alt; 1641 tragende Färsen; 631 Jungrinder und 40 Bullen. — Milch- und Viehkontrollen wurden in mehreren Ortschaften des Kommunalverbandes Grabow vorgenommen. Bei diesen Kontrollen wurde u. a. eine Differenz von täglich 120 Liter zu wenig abgelieferte Milch festgestellt. An Vieh wurde ein Mehrbestand festgestellt von insgesamt 13 Kälbern, 4 Rindern und 2 Schweinen, ferner ein Fehlbestand von 4 Kälbern, 1 Rind und 4 Schweinen. Bei den Kontrollen hat sich die neugegründete Sicherheitspolizei zum ersten Male in größerem Maßstabe daran beteiligt und zwar unter persönlicher Führung des Majors Lange.

Neueste Nachrichten.

Keine Bestätigung der Gerüchte über polnische Greueltaten.

TU. Berlin, 23. Januar. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten hat sich die Räumung der östlichen Gebiete überall in Ruhe und Ordnung vollzogen. Alle angeblichen Berichte über polnische Greueltaten sind bis zur Stunde durch keinerlei Tatsachen erwiesen. In den größeren Orten des Ostens, insbesondere in Danzig, Schneidemühl, Landsberg und Allenstein, ist über Zwischenfälle bei der Räumung nichts bekannt geworden.

Protest gegen eine Aeußerung Erzbergers.

TU. Berlin, 23. Januar. Wie der „Telegraphen-Union" berichtet wird, hat Fürst Salm-Reifferscheidt an den Vorsitzenden der Zentrumspartei, Trimborn, folgendes Telegramm gerichtet: „Protestiere als Rheinland- und Reichstagsabgeordneter für Düren während der Waffenstillstandsverhandlungen in schärfster Form gegen Prozeßäußerung Erzbergers, Vertreter Rheinlands hätten erklärt: „Frieden um jeden Preis, sonst los von Deutschland". Ausspruch ist niederträchtige Pauschalverleumdung der deutschen Rheinländer und ihrer Vertreter. Namen nennen."

Radeks Heimkehr.

TU. Prostken, 23. Januar. In Prostken traf Mittwoch, begleitet von einem Legationsrat des Auswärtigen Amtes, eines Kriminalkommissars und zwei Kriminalwachtmeistern der bolschewistische Agitator Karl Radek ein. Er wurde von einem polnischen Kapitän und einem Oberleutnant und mehreren Soldaten übernommen und trat bald darauf in einem von den Polen bereitgestellten Zuge die Rückreise an.

Streik auf den badischen Anilinfabriken.

TU. Halle a d S., 23. Januar. Auf den Leuna-Werken der badischen Anilinfabriken traten sämtliche Arbeiter der dort tätigen Baufirmen wegen Lohnforderungen und aus Sympathie die Zimmerleute der Leuna-Werke selbst, insgesamt etwa 600 Mann, in den Ausstand. Der Streik droht auf die gesamte Belegschaft der Werke überzugreifen, wodurch die Stickstoffversorgung schwer geschädigt werden würde.

Ausnahmezustand in Italien.

TU. Basel, 23. Januar. Der „Corriere della Sera" meldet: Durch einen Erlaß der Regierung ist über das gesamte Gebiet des Königreichs Italien der Ausnahmezustand erklärt worden. In Rom, Mailand und Neapel sind die Regierungsgebäude, die Bahnhöfe und die Postanstalten unter militärische Bewachung gestellt worden. Die „Presse Information" meldet aus Rom: Der Generalstreik der Eisenbahner hat die Gefahr einer revolutionären Bewegung in Italien nahe gerückt. Die Regierung hat die ausführende Gewalt in den Großstädten den militärischen Kommandanten übertragen. Die Bestimmungen, die mit der Verhängung des Belagerungszustandes verknüpft sind, treten in Kraft.

Der rote Osten.

TU. Kopenhagen, 23. Januar. Das offizielle Organ der russischen Räteregierung veröffentlicht einen interessanten Bericht über einen eigenartigen bolschewistischen Propagandazug, der von Moskau nach Turkestan abgeschickt wurde. Der Zug trägt den Namen „Der rote Osten". Der Stab des Zuges setzt sich in der Mehrzahl aus mohammedanischen Bolschewisten zusammen. Der Transport führt große Mengen bolschewistischer Literatur mit sich, die aus dem Russischen in die meisten orientalischen Sprachen übersetzt wurden.

Gegen den Kaukasusfeldzug.

TU. Rotterdam, 23. Januar. Der Londoner „Star" sagt in einem Leitartikel, daß England keinen Mann und keinen Pfennig mehr für eine Intervention in Rußland opfern dürfe. Man wisse, was man von dem „General" Churchill zu erwarten hat, der die Expedition nach Gallipoli und Antwerpen veranstaltet und mehr als 100 Millionen Litr. an Denekin, Koltschak und Genossen verschleudert habe. Churchill würde England in einen neuen Krieg stürzen, der das Britische Reich auseinander reißen und die Revolution heraufbeschwören würde.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Hansa-Halle.
Heute: **Tanz.**
Sonntag, d. 25. Januar:
Gr. Volksmaskenball. 1827

Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung
der
Kohlenakkord-, Kohlenplatzarbeiter und Kutscher
am Sonnabend, dem 24. Januar
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.

Versammlung
der
bei den Weinhändlern beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
am Sonnabend, dem 24. Januar
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.

Zu beiden Versammlungen ist das Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen notwendig.
Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.
(1823) Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Bildungsverein.

Am Sonnabend, dem 24. Januar von 5.30 bis 7.30 Uhr:
Auslosung der Theaterkarten.
Anschließend:
Jahreshaupt-Versammlung
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Satzungsänderung, Eintragung des Vereins.
4. Wahlen.
5. Unterstützung der Volkshochschule.
6. Ehrung eines Mitgliedes.
7. Verschiedenes. (1811

Tatsachen beweisen es, daß Sie viel Geld, Aerger u. Verdruß sich ersparen, wenn Sie Ihren Bedarf an Musikinstrumenten sowie Reparaturen machen bei
A. M. Flägel,
obere Aegidienstraße 9, am Klingenberg.
Daselbst einzigste u. größte Werkstatt mit Kraftbetrieb dieser Branche am Platze.
Lieferant hiesiger u. auswärtiger Militär- u. Zivilkapellen. (1820

Rettet die Ehre!

Die Stunde naht, in der die Entente die Listen mit den Namen der Deutschen überreichen wird, deren Auslieferung sie wider alles Recht zu Deutschlands Schmach fordert. Wer noch auf Ehre hält, muß dagegen seine Stimme erheben, um so der Regierung zu zeigen, daß wir hinter ihr stehen, wenn sie sich weigert, diese Schande auf unser Volk zu laden.

Männer und Frauen Lübecks,
die Ihr diesen Sinnes seid,
erscheint in Massen zu einer

Protestversammlung
am Sonntag, dem 25. Januar
um 11½ Uhr vormittags in der Stadthalle

um Euren Willen kundzugeben, daß kein Deutscher vor fremden Hasses Richterstuhl geschleppt werden darf!

Kein Unterschied des Standes oder der Partei darf mitsprechen! Alle über 20 Jahre alten Deutschen, Männer und Frauen, müssen teilnehmen!

Volksbund „Rettet die Ehre"
Ortsgruppe Lübeck. 1806

Lic. W. Jannasch, Pastor.
Frau Ida Boy-Ed. Michael Enzys, Eisenbahnarbeiter.
Kurt Henke. Prof. Dr. Hofmeister.
Mikelis Plewe, Kassierer. Major a. D. Stavenhagen.
Anna v. Steinmann. Direktor Dr. Stodte.

Konsumverein für Lübeck und Umg.
e. G. m. b. H.

Bilanz am 30. September 1919.

Aktiven.	M	₰	Passiven.	M	₰
An Kassenbestand	5 992	75	Per Reservefonds	70 653	22
„ Wechselkassen	2 150	—	„ Baufonds	9 000	—
„ Bankguthaben G.E.G. (Giro)	168 813	69	„ Warenvorschußfonds	11 543	46
„ „ G.E.G.	764 449	25	„ Dispositionsfonds	12 147	58
„ „ Vorschuß- und Sparvereins-Bank	171 641	14	„ Geschäftsguthaben d. Genossen	221 253	39
„ Bankguthaben Commerzbank (Giro)	178 997	51	„ Spareinlagen	2 880 342	63
„ Bankguthaben Commerz-Bank	150 000	—	„ Sparmarkenguthaben	1 190	50
„ Beteiligung	70 448	75	„ Kautionen	14 472	76
„ Wertpapiere	289 150	—	„ Hypotheken	385 525	—
„ Waren	1 244 741	87	„ Lieferantenschulden	174 450	61
„ Mineralwasser	3 323	38	„ Rabattguthaben der Genossen	199 169	23
„ Inventar	20 000	—	„ Rückvergütung	2 914	95
„ Maschinen	1	—	„ Noch zu zahlende Unkosten	5 012	33
„ Mühlenanlage	1	—	„ Erübrigung	35 048	30
„ Beleuchtungsanlage	1	—			
„ Mineralwasseranlage	1	—			
„ Flaschen	8 196	—			
„ Wagen und Geschirr	1	—			
„ Betriebs- und Wohngebäude	954 817	62			
	4 022 726	96		4 022 726	96

Im Geschäftsjahr 1918/19 sind der Genossenschaft 1277 Genossen beigetreten und 319 Genossen ausgeschieden. Am Schluß des Geschäftsjahres gehörten der Genossenschaft 12 169 Genossen an.

Die Geschäftsguthaben der Genossen haben sich um 32 154.64 Mk. und die Haftsumme um 271 810,— Mk. vermehrt.

Die Haftsumme betrug am Schluß des Geschäftsjahres 608 650,— Mk.

Lübeck, den 21. Januar 1920. (1818

Der Vorstand.
A. Henze. F. Jaeckstat. G. Stark.

Extra starke Hand-
Blockwagen
3—8 Ztr. Tragkraft
Karl Schuimerich,
1803) Mühlenstr 28.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer

Einladung zum Ball
am Sonnabend, dem 24. Januar
im Gewerkschaftshaus.
Herren 2,— Mk. Damen 1.— Mk
Anfang 6 Uhr.
1812) Das Komitee.

Die unterzeichneten Firmen
zahlen für

Winterhasen	Mk.	26.—
Zahmkanin, 1. Sorte	„	15.—
dto. 2. dto.	„	8.—
dto. 3. dto.	„	4.—
Wildkanin	„	6.—
Kalbfelle, frisch per Pfd.	„	25.—
Ziegenfelle, prima	„	140.—
Rehfelle	„	55.—
Füchse, Winterware	„	400.—
Baummarder	„	900.—
Steinmarder	„	700.—
Dachse	„	60.—
Iltisse, 1. Sorte	„	180.—

Alle anderen Sorten zu höchsten Tagespreisen bei reeller Abnahme. (1821

S. Frankenthal Großfurschnerei, Breite Straße 47, I. Fernsprecher 132 u. 1029.
J. L. Würzburg Fellhandlung, Wahnstraße 22a. Fernsprecher 753.

J. H. Bein
Am Markt 12.
Breite Straße 64.
Beste Bezugsquelle für erstklassige Manufakturwaren • Spezialhaus für Betten, Bettfedern und Daunen • Herren- u. Knaben-Garderoben Arbeiter- und Berufskleidung. 1802

Gebrauchte u. getragene
Kleidungsstücke
können wieder unbeschränkt angekauft und verkauft werden, da gesetzliche Einschränkungen nicht mehr bestehen.
Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten Johannisstr. 46.

Stadthallen
-Lichtspiele. Telephon 4987.
Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platze.
! Heute und folgende Tage !
Der größte Lustspielschlager der Gegenwart
Die Puppe
4 lustige Akte aus einer Spielzeugschachtel (1826
mit Ossi Oswalda.
Als Beiprogramm:
Mary Wood
die Tochter des Sträflings, in 4 Akten.
In der Hauptrolle Egede Nissen.
Der Dieb im Frack
Abenteuerroman in 5 Akten.

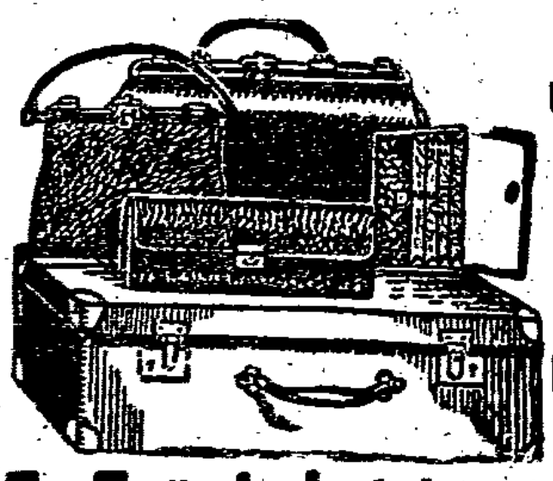
Turnverein Stockelsdorf u. Umg.
Gr. Maskenball
am Sonnabend, 24. Januar
im Gesellschaftshaus O. Diederichsen, Fackenburg
Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende morgens.
Maskenzug 8 Uhr. Demaskierung 11 Uhr.
Kinder haben keinen Zutritt.
1828) Der Festausschuß.
NB. Den Zuschauern ist der Tanz nur mit einer humoristischen Kappe gestattet.
Kappen sind im Lokal zu haben. D. O.

Louisenlust
Sonnabend, den 24. Januar:
Großer Volks-Maskenball
mit Preisverteilung. 1807
Anfang 6 Uhr. Aeg. Maka.

Einsegel.
Morgen Sonnabend, den 24. d. M.: (1825
Gr. Maskenball.
Maskengarderoben sind im Lokal zu haben.
Kinder haben keinen Zutritt. Anfang 6½ Uhr.

Adlershorst.
Morgen Sonnabend: 1834
Großer Volks-Maskenball.

Sportklub „Bienenkorb".
Sonnabend, den 24. Januar:
Gr. Ball
im Gesellschaftshaus Marli.
Anfang 7 Uhr.
1809) Das Komitee.



Spezial-Geschäft und Fabrik in feinen Lederwaren, Koffern u. Reiseartikeln.
F. Fränkel, Lederwarenfabrik,
Lübeck (1804
Breite Straße 28. Fernruf 1207.

Kücknitz.
W. Dieckelmanns Gasthof
Heute Freitag, 23. Jan.:
Tanz-Kränzchen 1814

Groß-Lübeck
E. K.-Diele, Beckergr. 22.
Interessante (1833
Konzert-Abende
a la Bauernschänke.
Entree, Licht u. Luft gratis.

Fledermaus
Kabarett-Diele.
Fünfhausen 17/19.
Das große
Januar-Programm!
10 Kaukasia-Tanzsterne
berühmte Gesangs- und Tanz-Truppe
Hansi Heller
hum. Vortrags-Sängerin.
Albert Kersting
der ausgezeichnete Groteskkomiker.
Gastspiel
Fritz Steidl
der bekannte und liebenswürdige Humorist
Nagaina (1816
indische Tempeltänzerin.
Hans Fried
hervorragender Chansonnier u. Ansager.
Original Darwin-Duo
in ihren abwechslungsreichen Tanzschöpfungen.
Der Gipfel der Tanzkunst!
2 Orchester: Dirigenten I. Elvers u. W. Schwenk.
4-Uhr-Tee
u. Auftreten der Künstler.
Eintritt frei — kein Garderobenzwang.
Echte Biere, beste Weine, kaltes Büfett.

Hansa-Theater (1815
Freitag 7 Uhr:
Die lustige Witwe.
Sonnabend:
Das Mädel von drüben.
Sonntag:
Das Mädel von drüben.

Stadttheater Lübeck (1817
Freitag, den 23. Januar
17. Vorstellung im Freitag-Abonnement.
Anfang 7 Uhr:
Der Stier von Olivera.
Oper in 3 Akten von Eugen d'Albert.
Sonnabend, d. 24. Januar:
Mignon.
Sonntag, den 25. Januar
Anfang 11 Uhr:
Faustzyklus. Weiße Karten.
Vortrag:
Hamlet.
Anfang 2½ Uhr:
Veranstaltung f. d. Arbeiterbildungsverein
Hänsel und Gretel.
Einzelkarten zu dieser Vorstellung sind an der Theaterkasse zu haben.
Anfang 7 Uhr:
Der Stier von Olivera.

Beilage zu Nr. 19.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Freitag, den 23. Januar 1920

Eine S.-P.-D.-Redaktion militärisch überfallen.

Der Geschäfsführer der sozialdemokratischen „Niederbayerischen Volkswacht", Genosse Schmid, telegraphiert dem „Vorwärts":

Montag mittag ½12 Uhr erschien in unserer Redaktion der Reichswehrleutnant und Wirtschaftsoffizier Brand in Begleitung dreier Militärs und einer Zivilperson und forderte von unserem Redakteur Selmayr in brutalem Ton Rechenschaft über die in Nr. 12 unserer „Niederbayerischen Volkswacht" enthaltene Lokalnotiz: „Ein teurer Mist". Unser Redakteur machte den Offizier darauf aufmerksam, daß sich in der Notiz ein Irrtum befinde, der jedoch in der folgenden Nummer bereits richtiggestellt sei. Trotz dieser Entschuldigung hielt es Leutnant Brand mit seiner „Offiziersehre" für vereinbar, in der wüstesten Weise loszuschimpfen, unseren Redakteur, der ahnungslos an seinem Schreibtisch saß, beim Rockkragen zu packen und regelrecht zu schütteln. Nur mit Mühe gelang es dem Redakteur Selmayr, sich von seinem Sitze zu erheben, sich das Benehmen des Herrn Brand zu verbitten und ihn zu ersuchen, mit seiner Begleitung die Redaktion zu verlassen, widrigenfalls der Offizier sich des Hausfriedensbruches schuldig mache. Diesen Augenblick schien Herr Brand erwartet zu haben; er zog eine zu diesem Zwecke mitgebrachte geflochtene Hundepeitsche unter seinem Mantel hervor und schlug damit wütend auf unseren Redakteur ein. Nur dem Umstand, daß es unserem Redakteur gelang, den tobenden Offizier beim Kragen zu packen und gegen die Tür zu drängen, wobei der eiserne Ofen umfiel und das Waschgeschirr Schaden erlitt, ist es zu danken, daß unser Redakteur vor schwereren Verletzungen bewahrt blieb und mit einer leichten Schramme auf der Stirn davonkam. Als es unserem Redakteur gelungen war, sich aus den Eisengriffen des Einbrechers zu befreien, seinen an der Wand hängenden Revolver zu ergreifen und sich mit diesem vor weiteren Tätlichkeiten des Offiziers zu schützen, zog eine der im Zimmer anwesenden Militärmannschaften ebenfalls den Revolver und zielte auf den Redakteur. Die anderen im Zimmer anwesenden Personen verhielten sich neutral. Ein Militarist mußte, man lese und staune, vor dem Redaktionszimmer Wache stehen. Erst als der Hausbesitzer erschien und sich nach der Ursache des Lärms erkundigte, verließ Leutnant Brand mit seinen Helfershelfern das Redaktionslokal.

Aus dem Parteileben.

Genosse Eduard Bernstein hat Mittwoch in einer überfüllten Versammlung in Breslau gesprochen und dabei folgendes Bekenntnis abgelegt: Wer da glaube, nur mit Gewalt etwas durchsetzen zu können, mache denselben Fehler wie Ludendorff. Was mir das Verbleiben in der U. S. P. D. unmöglich machte, war ihre Stellung zur Republik. Ich würde mir lieber die Hand abhacken, als ein Wort schreiben, das der demokratisch-sozialistischen Republik Schaden bringt. Das ehrliche Bekenntnis zu ihr ist Deutschlands einzige Rettung.

Die Ankunft der internationalen sozialistischen Kommission in Berlin verschoben. Die Kommission, die auf Beschluß des Aktionskomitees der Zweiten Internationale sich nach Deutschland zwecks Untersuchung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse begeben sollte, und deren Zusammensetzung (Henderson, Wibaut, Mistral und Hunsmans) von uns seinerzeit mitgeteilt wurde, sollte in diesen Tagen in Berlin eintreffen. Wie die „V. P. N." erfahren, ist jedoch ihre Ankunft bis auf Anfang März verschoben worden.

Für internationale Einigung. Der Zentralausschuß der französischen Sozialisten hat an die Parteileitung der Schweizer Sozialdemokratie von neuem das Ersuchen gestellt, die Einberufung eines Kongresses der Sozialisten aller Länder und aller Richtungen zu übernehmen. — Der Schweizerische Parteiausschuß wird, wie dazu dem „Vorwärts" von seinem Schweizer Korrespondenten berichtet wird, in einer Februarsitzung zu der Angelegenheit Stellung nehmen, doch sei nur eine schwache Aussicht für die Uebernahme der Aufgabe vorhanden.

Arbeiterbewegung.

Treibereien gegen den Zentralverband der Angestellten. Von dem Zentralverband der Angestellten wird der „V. P. N." mitgeteilt: In einem Teile der Provinzpresse wird die Nachricht verbreitet, daß die beiden mehrheitssozialistischen Vorsitzenden des parteipolitisch-neutralen Zentralverbandes der Angestellten Giebel und Urban, ihrer Aemter enthoben und durch eine neue, im „unabhängig-kommunistischen Fahrwasser" segelnde Leitung ersetzt seien. Diese Nachricht ist von A bis Z erlogen. Giebel sowohl wie Urban sind nach wie vor Vorsitzende, und im Vorstande des Zentralverbandes der Angestellten ist überhaupt keine Personenveränderung eingetreten. Es ist klar, daß mit der Verbreitung dieser Gerüchte die Absicht verbunden ist, Unruhe in die Reihen der Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten zu bringen, und daher ist anzunehmen, daß in den nächsten Wochen aus denselben trüben Quellen noch ähnliche Lügennachrichten in die Presse lanziert werden. Die Angestellten seien daher zur Vorsicht gemahnt. Der sehr durchsichtige Zweck ist, die freigewerkschaftliche Organisation der Angestellten zu schwächen. Daran haben die Arbeitgeber und die sogenannten Gewerkschaftsbünde kaufmännischer und anderer Angestellten ein gemeinsames Interesse.

Finanzreform im Deutschen Holzarbeiterverband. Im Deutschen Holzarbeiterverband wird demnächst eine sehr beträchtliche Erhöhung der Beiträge durchgeführt werden. Der Vorstand veröffentlicht einen Entwurf für die Neuregelung der Beiträge und der Unterstützungen, über welchen ein zum 25. April nach Berlin einberufener außerordentlicher Verbandstag endgültig entscheiden soll. Daneben macht der Verbandsvorstand von seinem statutarischen Rechte Gebrauch, indem er ab 1. Februar Extrabeiträge ausschreibt. Diese Extrabeiträge sollen zugleich zu den künftigen höheren Wochenbeiträgen überleiten, die nach den Bestimmungen des Statuts, sofern sie vom Verbandstag beschlossen sind, noch einer Urabstimmung unterliegen und deshalb vor dem 1. Juli kaum in Kraft gesetzt werden können. Nach dem Vorschlage des Vorstandes sollen neun Beitragsklassen eingeführt werden mit Wochenbeiträgen von 50, 75, 100, 125, 150, 200, 250, 300 und 400 Pfg. Die Mitgliederversammlungen beschließen, welche Beitragsklasse für den Ort maßgebend ist; sie sollen aber verpflichtet sein, die Beitragsklasse zu wählen, die dem durchschnittlichen Stundenlohn des Ortes resp. des Berufes am nächsten steht. Bei der Arbeitslosen-, Reise-, Kranken-, Umzugs- und Sterbeunterstützung bleiben die Sätze im wesentlichen auf der seitherigen Höhe; sie erfahren eine Erhöhung nur soweit, wie das durch die Angliederung der höheren Beitragsklassen bedingt ist. Dagegen sollen die Sätze der Streikunterstützung eine beträchtliche Steigerung erfahren. Um die Mitglieder recht schnell in den Genuß der höheren Unterstützungssätze zu bringen, sollen diese schon dann gewährt werden, wenn die höheren Beiträge 13 Wochen lang gezahlt wurden, wobei die zunächst in Betracht kommenden Extrabeiträge angerechnet werden. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes hat seinen Plan zunächst mit den Gauvorstehern und einem Vertreter des Verbandsausschusses beraten. In dieser Konferenz wurde festgestellt, daß in den Kreisen der Mitglieder der Wille, höhere Beiträge zu leisten, allgemein vorhanden ist. Es darf deshalb erwartet werden, daß diese Finanzreform ohne nennenswerte Reibungen durchgeführt werden wird.

Streik auf den sächsischen Staatsgütern. Wie aus Bautzen gemeldet wird, befindet sich die gesamte Arbeiterschaft der sächsischen Staatsgütern im Ausstand. In Löbau hat die Reichswehr eingegriffen, um die Arbeiten auf den umliegenden Remontedepots zu verrichten. Das Vieh wird weiter versorgt. Die Ursache zum Streik ist darin zu suchen, daß den Arbeitern die Teuerungszulage, welche die Beamten erhalten haben, nicht gewährt worden sind.

„Haar und Bart". Unter diesem Namen gibt der Arbeitnehmerverband des Friseurgewerbes eine fachtechnische Monatsbeilage zur „Friseurgehilfen-Zeitung" im Umfang von vier Seiten heraus, die sämtlichen Mitgliedern kostenlos geliefert wird. Die Einführung der Fachbeilage erwies sich als notwendig zur Hebung der Leistungsfähigkeit des Berufes, die bei der Lehrlingszüchterei zu kurz kommt, sowie mit Rücksicht auf den ständigen Modewechsel im Damenfach.

Soziales.

Lohnkonferenz im Reichsarbeitsministerium. Im Reichsarbeitsministerium hat vor kurzem unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Geib eine Beratung über die Frage stattgefunden, ob durch zweckmäßigere Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungspreise in den Tarifverträgen eine Verringerung der Arbeitskämpfe erreicht werden könne. An der Beratung haben teilgenommen: die Professoren Gothein (Heidelberg) und Herkner (Berlin), die Mitglieder der Nationalversammlung Dr. Bernburg, Becker (Arnsberg) und Erkelenz, der Geschäftsführer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Adolf Cohen, die Vorstandsmitglieder der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Geh. Rat Ernst v. Borsig, Direktor Krämer und Dr. Hoff, Ministerialdirektor a. D. Dr. Simons vom Reichsverbande deutscher Industrie, der Chefredakteur der „Sozialen Praxis", Dr. Heyde, sowie Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Reichswirtschaftsministeriums und des preußischen Handelsministeriums. Im Laufe der Aussprache äußerten fast alle Redner ernste Bedenken gegen eine mechanische Anpassung der Löhne an die Preise der Lebenshaltung, von der eine ständige Steigerung aller Preise zu befürchten sei. Dagegen wurde allgemein die große Bedeutung der vom Reichsarbeitsministerium veranlaßten Lebenshaltungs- und Lohnstatistik für eine angemessene Lohnbemessung und für die Ausgestaltung der Tarifverträge anerkannt. Die Frage, wie die Ergebnisse dieser Statistik in der Praxis bei Tarifvertrags- und Einigungsverhandlungen zweckmäßig zu erwerben seien, wird von der Zentralarbeitsgemeinschaft unter Beteiligung des Reichsarbeitsministeriums eingehend geprüft werden.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Freitag, 23. Januar.

Wirtschaftliche Kurzsichtigkeit.

Nichts ist berechtigter als die scharfe Kritik, die die kapitalistische Wirtschaft durch Sozialisten erfährt. Aber wie mancher dieser Kritiker kauft vermöge des gewohnten innerwirtschaftlichen Zwangs nach wie vor sein Brot im nächsten Bäckerladen, seinen Kaffee beim Kolonialwarenhändler, seine Zigarre oder Zigarette in dem Eckladen beim Zigarrenhändler. Da konnte er an einem größeren Orte sogar zwischen mehreren Läden wählen und wechseln, und das schien ihm Freiheit. „Ich will ein freier Mann bleiben", so sagte noch kürzlich ein Gewerkschafter, als er aufgefordert wurde, in den Konsumverein einzutreten.

Der Konsumverein also Unfreiheit: das sagte einer, der Sozialist zu sein vorgibt. Er merkte gar nicht, daß er im Händlerladen einfach dem Fremden den Profit schenkt und daß der dann vom Großkapital gesammelt, zur Zwangsfessel seiner Arbeit wird. Ja, ja, die kapitalistische Beliebensfreiheit, die tut, was sie will! Aber im bunten, ungeregelten Wechselspiele der Lebenslotterie wird sie fortwährend in der Erreichung der Ziele gehindert, weil das eigene Belieben immer und immer mit dem des anderen zusammenstößt. Und dann gibt's Krach, Kampf, womöglich Krieg. Der eine entbehrt, purzelt und stirbt, während der andere Geschäfte macht und die herrlichste aller Welten preist.

Die Konsumvereinsmethode würde, allgemein durchgeführt, allerdings diese Beliebensfreiheit aufheben, also insofern wirtschaftlichen Zwang bedeuten. Denn dann könnte, abgesehen von nebensächlichen Einzelwaren, niemand seine Produkte verwerten als einzig durch ihn und niemand seinen Bedarf erhalten als in seinem Geschäfte. Entsetzlich!? Aber dadurch würde jeder seine möglichen Ziele weit sicherer erreichen, also dann weit, weit mehr Freiheit gewinnen. Er würde wissen, was und wo und wie er Güter erzeugen kann und als Gegengabe dafür ohne Sorge erhalten können, was er bedarf. Dabei blieben doch ganz erhebliche Wahlmöglichkeiten, mehr wahrscheinlich, als unter dem heutigen Zwange der Zufallswirtschaft.

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Durch eine Verordnungg des Reichsarbeitsministers vom 15. Januar 1920 hat die bisher gültige Erwerbslosenfürsorge eine bedeutende Aenderung gefunden. Als Ziel der Fürsorge wird die Beendigung der Erwerbslosigkeit durch Aufnahme von Arbeit bezeichnet, und nur soweit dies Ziel nicht erreicht werden kann, soll Unterstützung gewährt werden. Erwerbslose sollen grundsätzlich an ihren Wohnort vom 1. August 1914 zurückkehren. An einem anderen Orte darf ihnen die Fürsorge nicht länger als vier Wochen gewährt werden, es sei denn, daß sie an dem neuen Wohnort einen gemeinschaftlichen Hausstand begründet haben oder die Rückkehr in den früheren Wohnort tatsächlich undurchführbar ist. Das Fürsorgealter ist von 14 auf 16 Jahr herauf-

Hans und Heinz Kirch.

Novelle von Theodor Storm.

11. Fortsetzung.

Die Stimme, womit diese Worte gesprochen wurden, klang so wüst und fremd, daß Hans Kirch sich unwillkürlich frug: „Ist das dein Heinz, den der Kantor beim Amensingen immer in die erste Reihe stellte, oder ist es doch der Junge aus der Armenkate, der nur auf deinen Beutel spekuliert?" Er wandte wieder seine Augen prüfend auf des anderen Antlitz; die Narbe über Stirn und Auge flammte brandrot. „Wo hast du dir denn das geholt?" sagte er, an seines Pastors Rede denkend. „Bist du mit Piraten im Gefecht gewesen?"

Ein desperates Lachen fuhr aus des Jüngeren Munde. „Piraten?" rief er. „Glaubt nur, Hans Kirch, es sind auch dabei brave Kerle! Aber laßt das; das Gespinst ist gar zu lang, mit wem ich all zusammen war!"

Der Alte sah ihn mit erschrockenen Augen an. „Was sagst du?" frug er so leise, als ob es niemand hören dürfe.

Aber bevor eine Antwort darauf erfolgen konnte, wurden schwerfällige Schritte draußen auf der Treppe laut; die Tür öffnete sich, und von Frau Lina gefolgt, trat Tante Jule ins Zimmer. Während sie pustend und mit beiden Händen sich auf ihren Krückstock lehnend, stehen blieb, war Heinz an ihr vorüber schweigend aus der Tür gegangen.

„Ist er fort?" sagte sie, mit ihrem Stocke hinter ihm herweisend.

„Wer soll fort sein?" frug Hans Kirch und sah die Schwester nicht eben allzu freundlich an.

„„Wer? Nun, den du seit vierzehn Tagen hier in Kost genommen."

— „Was willst du wieder, Jule? Du pflegst mir sonst nicht so ins Haus zu fallen."

„Ja, ja, Hans," und sie winkte der jungen Frau, ihr einen Stuhl zu bringen, und setzte sich darauf; „du hast's auch nicht um mich verdient; aber ich bin nicht so, Hans; ich will dir Abbitte tun; ich will bekennen, der Fritze Reimers mag doch wohl gelogen haben, oder wenn nicht er, so doch andere!"

„Was soll die Rederei?" fragte Hans Kirch, und es klang, als ob er müde wäre.

— „Was es soll? Du sollst dich nicht betrügen lassen! Du meinst, du hast nun deinen Vogel wieder eingefangen; aber sieh nur zu, ob's auch der rechte ist!"

„Kommst du auch mit dem Geschwätz? Warum sollt's denn nicht der rechte sein?" Er sprach das unwirsch, aber doch, als ob es zu hören ihn verlange.

Frau Jule hatte sich in Positur gesetzt. „Warum, Hans? — Als er am Mittwoch nachmittag mit der Lina bei mir saß — wir waren schon bei der dritten Tasse Kaffee, und noch nicht einmal hatte er ‚Tante' zu mir gesagt! — ‚Warum,' frug ich, ‚nennst du mich denn gar nicht Tante?' — ‚Ja, Tante,' sagte er, ‚du hast ja noch allein gesprochen!' Und, siehst du, Hans, das war beim erstenmal denn schon gelogen; denn das soll mir keiner nachsagen; ich lasse jedermann zu Worte kommen! Und als ich ihn dann nahe zu mir zog und mit der Hand und mit meinen elenden Augen auf seinem Gesicht herumfühlte — nun, Hans, die Nase kann doch nicht von Ost nach West gewachsen sein!"

Der Bruder saß mit gesenktem Kopf ihr gegenüber; er hatte nie darauf geachtet, wie seinem Heinz die Nase im Gesicht gestanden hatte. „Aber," sagte er — denn das Gespräch von vorhin flog ihm durch den Kopf; doch schienen ihm die Worte schwer zu werden — „sein Brief von damals; wir redeten darüber; er hat ihn in San Jago selbst zurückerhalten!"

Die dicke Frau lachte, daß der Stock ihr aus den Händen fiel. „Die Briefgeschichte, Hans! Ja, die ist seit den vierzehn Tagen reichlich wieder aufgewärmt; daran konnte er für einen Dreiling bei jedem Bettelkinde einen Suppenlöffel voll bekommen! Und er mußte dir doch auch erzählen, weshalb der echte Heinz denn all die Jahre draußen blieb. Laß dich nicht nasführen, Hans! Warum denn hat er nicht mit dir wollen, als du ihn von Hamburg holtest? War's denn so schlimm, wieder einmal an die volle Krippe und ins warme Nest zu kommen? — Ich will's dir sagen; das ist's: er hat sich so geschwind nicht zu dem Schelmenstück resolvieren können!"

Hans Adam hatte seinen grauen Kopf erhoben, aber er sprach nicht dazwischen; fast begierig horchte er auf alles, was die Schwester vorbrachte.

„Und dann," fuhr diese fort, „die Lina hat davon erzählt". — — Aber plötzlich stand sie auf und fühlte sich mit ihrer Krücke, die Lina ihr dienstfertig aufgehoben hatte, nach dem Fenster hin; von draußen hörte man zwei Männerstimmen in lebhafter Unterhaltung. „O Lina," sagte Tante Jule; „ich hör's, der eine ist der Justizrat; lauf doch und bitte ihn, ein paar Augenblicke hier herauf zu kommen!"

Der Justizrat war der alte Physikus; bei dem früheren Mangel passender Alterstitel hierzulande waren alle älteren Physici Justizräte.

Hans Kirch wußte nicht, was seine Schwester mit dieesm vorhatte; aber er wartete geduldig, und bald auch trat der alte Herr mit der jungen Frau ins Zimmer. „Ei, ei," rief er, „Tante Jule und Herr Kirch beisammen? Wo ist denn nun der Patient?"

„Der da," sagte Tante Jule und wies auf ihren Bruder; „er hat den Star auf beiden Augen!"

Der Justizrat lachte. „Sie scherzen, liebe Madame; ich wollte, ich hätte selbst nur noch die scharfen Augen unseres Freundes."

„Mach fort, Jule," sagte Hans Kirch; „was gehst du langs um den Brei herum!"

Die dicke Frau ließ sich indes nicht stören. „Es ist nur so sinnbildlich, mein Herr Justizrat," erklärte sie mit Nachdruck. „Aber besinnen Sie sich einmal darauf, wie Sie vor so ein zwanzig Jahren hier auch ins Haus geholt wurden; die Lina, die große Frau jetzt, schrie damals ein Zetermordio durchs Haus; denn ihr Bruder Heinz hatte sich nach Jungensart einen schönen Anker auf den Unterarm geätzt und sich dabei weidlich zugerichtet."

Hans Kirch fuhr mit seinem Kopf herum; denn die ihm derzeit unbeachtet vorübergegangene Unterhaltung bei der ersten Abendmahlzeit kam ihm plötzlich, und jetzt laut und deutlich, wieder.

Aber der alte Doktor wiegte das Haupt: „Ich besinne mich nicht; ich hatte in meinem Leben so viele Jungen unter Händen."

„Nun so, mein Herr Justizrat", sagte Tante Jule; „aber Sie kennen doch dergleichen Jungenstreiche hier bei uns; es fragt sich nur, und das möchten wir von Ihnen wissen, ob denn in zwanzig Jahren solch ein Anker ohne Spur verschwinden könne?"

„In zwanzig Jahren?" erwiderte jetzt der Justizrat ohne Zögern; „ei, das kann gar leicht geschehen!"

Aber Hans Kirch mischte sich ins Gespräch: „Sie denken, wie sie's jetzt machen, Doktor, so mit blauer Tusche; nein, der Junge war damals nach der alten gründlichen Manier ans Werk gegangen; tüchtige Nadelstiche und dann mit Pulver eingebrannt."

Der alte Arzt rieb sich die Stirn. „Ja, ja; ich entsinne mich auch jetzt. Hm! — Nein, das dürfte wohl unmöglich sein; das geht bis auf die Cutis; der alte Heinrich Jakobs läuft noch heute mit seinem Anker."

Tante Jule nickte beiläufig; Frau Lina stand, die Hand an der Stuhllehne, blaß und zitternd neben ihr.

„Aber", sagte Hans Kirch, und auch bei ihm schlich sich die Stimme nur mit Zagen aus der Kehle, „sollte es nicht Krankheiten geben? Da drüben, in den heißen Ländern?"

Der Arzt bedachte sich eine Welle und schüttelte dann sehr bestimmt den Kopf. „Nein, nein; das ist nicht anzunehmen; es müßten denn die Blattern ihm den Arm zerfressen haben."

Eine Pause entstand, während Frau Jule ihre gestrickten Handschuhe anzog. „Nun, Hans," sagte sie dann; „ich muß nach Haus; aber du hast nun die Wahl: den Anker oder die Blatternarben! Was hat dein neuer Heinz denn aufzuweisen? Die Lina hat nichts von beiden sehen können; nun sieh du selber zu, wenn deine Augen noch gesund sind!"

(Fortsetzung folgt.)

gesetzt. Ausländern wird nur bei verbürgter Gegenseitigkeit Erwerbslosenfürsorge gewährt.

Den Fürsorgeausschüssen, denen die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer obliegt, wird zur Pflicht gemacht, in engster Zusammenarbeit mit den Arbeitsnachweisen darauf hinzuwirken, daß den unterstützten Erwerbslosen mit tunlichster Beschleunigung geeignete Arbeit vermittelt wird. Die Verordnung tritt am 1. Februar 1920 in Kraft.

Warnung vor Auswanderung nach Brasilien

Die Reichszentrale für Heimatdienst schreibt uns: Es kann gar nicht genug vor der Ansiedlung in Brasilien gewarnt werden. Einige Kriegsgefangene, die sich zur Ansiedlung gemeldet hatten, sind dabei außerordentlich traurig gefahren. Die brasilianische Regierung verweigerte ihre Wiederaufnahme in das Gefangenenlager und nun werden sie voraussichtlich immer als weiße Arbeitssklaven in Brasilien verbleiben müssen, wenn es ihnen nicht gelingt, Geld zur Heimreise nach Deutschland zu erhalten. Die Löhne sind infolge der Konkurrenz der farbigen einheimischen Arbeiter sehr niedrig. Die deutschen Ansiedler bekommen ganz minderwertige Waldflächen mit schlechtem Boden zum Urbarmachen in entlegenen unwegsamen Gegenden. Wenn sie sich auch bei dem Aufbau der Blockhäuser, beim Fällen der Bäume und beim Urbarmachen gegenseitig nach Kräften helfen, so kommen sie doch von Anfang an durch den Ankauf von Gerätschaften, Saatgut usw. in eine drückende Schuldenlast. Wer nicht ausreichendes eigenes Vermögen besitzt, kann nicht daran denken, seine Erzeugnisse mit Nutzen abzusetzen, weil die Transportverhältnisse sehr teuer sind. Auf eine Hilfe seitens der schon lange ansässigen deutschen Arbeiter dürfen die Neuen nicht im geringsten rechnen, da sich nach allen Erfahrungen diese schon lange ansässigen Deutschen nicht um ihre neu ankommenden deutschen Landsleute kümmern.

•

Der Mieterschutzverein Lübeck, e. V., teilt uns mit, daß eifrig an seinem inneren Ausbau gearbeitet wird. Bei der hiesigen Commerz-Bank ist ein Bankkonto eröffnet, um den Mitgliedern schon jetzt die Einzahlung der Beiträge zu ermöglichen. Es ist erwünscht, daß die Mitglieder von dieser Einrichtung ausgiebigen Gebrauch machen. Soweit Einzahlungen dort nicht erfolgen, werden die Beiträge von den Mitgliedern abgeholt. Die Satzungen werden beschleunigt fertiggestellt und den Mitgliedern in nächster Zeit zugehen. Für den Verein bestimmte Zuschriften sind fortan an den Mieterschutzverein Lübeck, e. V., Postfach, zu adressieren. Auskünfte und Rechtsbetratungen erfolgen durch den Vorsitzenden J. Gogowski, Johannisstraße 48. Für Anfang Februar d. J. ist eine Mitgliederversammlung in Aussicht genommen, in der der Vorsitzende einen Vortrag über Rechte und Pflichten der Mitglieder halten wird. Näheres wird noch durch Annoncen zur Kenntnis gebracht. Neuanmeldungen von Mitgliedern nehmen der 1. Vorsitzende und die übrigen Vorstandsmitglieder jederzeit entgegen.

In das Genossenschaftsregister wurde am 21. Januar 1920 eingetragen die Firma: Gemeinnützige Siedlungs-Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Sitz Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Beschaffung von Siedlungsland; der Bau, der Erwerb und die Verwaltung von Wohnhäusern zum Vermieten der Wohnungen ausschließlich an die Genossen und der Bau von Wohnhäusern zum Verkauf ausschließlich an die Genossen; Beschaffung von Bau- und Hypothekengeldern; Beschaffung von Gerät, Pflanzen, Sämereien usw. Die Haftsumme beträgt 300 Mark. Höchste Zahl der Geschäftsanteile ist 30. Vorstand: Georg Ferdinand Franz Friedrich Koping, Handelsangestellter, Max Maschke, Lehrer, August Johannes Klaus, Kaufmann, sämtlich in Lübeck.

Die plattdeutsche Volksgilde sammelte auf ihrem letzten Klönabend für die Lübecker Wohlfahrtsspende zur Linderung der Not unserer alten Männer und Frauen einen Betrag von 290,52 Mk. Damit hat die Gilde einen schönen alten Brauch wieder zur Geltung gebracht. Bei unsern Vätern war es Sitte, bei festlichen Gelegenheiten oder sonstigem frohen Beisammensein der Notleidenden zu gedenken. Die Not der Zeit, die so viele aufs härteste drückt, sollte uns veranlassen, es auch jetzt wieder Gleich zu machen und bei Hochzeiten oder Taufen, Ehe- oder Geschäftsjubiläen, bei Stiftungsfesten oder Vereinsvergnügungen für die Armen zu sammeln. An solch einem Tage ist jeder gern bereit, ein Scherflein für andere, die nicht so fröhlich sind, zu geben. Auch bei den vielen Tanzvergnügungen und Bällen, die in dieser Zeit stattfinden, sollten die Veranstalter oder Tanzordner einmal an diese Pflicht erinnern, der andern zu gedenken, die sich mit schwersten Sorgen quälen, während man selbst sich sorglos dem Vergnügen hingibt.

Volkshochschule. Eine der am stärksten besuchten Abteilungen der Volkshochschule sind die englischen Lehrgänge. Für die Teilnehmer dieser Gruppe dürfte es willkommen sein, über den Entwickelungsgang dieser Sprache aufgeklärt zu werden. Prof. Dr. Meyer wird am Sonnabend im Johanneum über die Geschichte der englischen Sprache reden und dabei auf die Beziehungen hinweisen, die zwischen dem Englischen und dem Germanischen wie auch dem Indogermanischen bestehen. Dann wird er zeigen, wie sich aus dem Angelsächsischen unter dem Einfluß des Lateinischen, Skandinavischen und Französischen im Laufe der Jahrhunderte das moderne Englisch entwickelte. Auch nicht der Volkshochschule Angehörende sind willkommen. — Der Gassperre wegen beginnen die Sonnabendvorträge jetzt bereits 7½ Uhr.

Hansatheater. Vielfachen Wünschen nachkommend, hat das Hansatheater auch für heute, Freitag, 23. Januar, seinen diesjährigen Saisonschlager „Das Mädel von drüben" angesetzt. Somit beherrscht diese von durchschlagendem Erfolg gekrönte Operette bis Montag, 26. Januar, den Spielplan. Am Dienstag gastiert das Hamburger Deutsche Schauspielhaus mit Julia Serda in der Titelrolle des Stückes „Der Weibsteufel" am Hansatheater. Dieses Drama wird in Hamburger Originalbesetzung gegeben.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Ein Bezirksparteitag Wasserkante der Unabhängigen fand dieser Tage hier statt. Man unterhielt sich über die Kriegspolitik der Rechtssozialisten, der Presse- und Referentenfrage, den Parlamentarismus und die Aufgaben der Partei. Es wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen, um die Agitationsbezirke neu einzuteilen und eine Landzeitung herauszugeben, da die (bekannt langweilige) Hamburger Volkszeitung für die Landarbeiter nicht in Betracht komme. Die Volkszeitung wünscht man als Zentralorgan des Bezirks ausgebaut. Ein Redner befürchtete, durch ein neues Organ könnten die revolutionären Richtlinien verwirrt werden. Damit hat er nicht unrecht, denn jedes unabhängige Blatt hat seine eigene „Richtung". Das Rätesystem wurde nach altem Rezept behandelt, die Verhältnisse auf dem Lande reif für die Sozialisierung und die Landarbeiter als ihre Träger bezeichnet. So sieht es aus in den Köpfen der Revolutionäre, von denen sich die Industriearbeiter abstoßen. Crispien hielt seine Räterede, behandelte Utopie und Parlamentarismus und endete mit der Diktaturpauke. Nickel (Lübeck) forderte zur Revolutionierung der Gewerkschaften auf. Die Propagierung revolutionärer Taten in den Gewerkschaften wurde auch von Kalweit empfohlen. Für den Wahlkampf soll mit Geld und Rednern gerüstet werden. Das Ergebnis des Parteitages wurde in folgender Resolution festgenagelt: „In dem Ziel um die Erringung der politischen und wirtschaftlichen Macht bedient sich die U. S. P. aller Kampfmittel, wie es das Aktionsprogramm besagt. Bei diesem Kampf erkennt die U. S. P. auch das Parlament an, um ehrlich den Kampf gegen die offene und versteckte bürgerliche Demokratie aufzunehmen. In der bürgerlichen Gesellschaft sind die Parlamente das Instrument des Kapitals. Im Parlament müssen unsere Vertreter den Kampf mit der bürgerlichen Demokratie herausfordern, um in immerwährendem Kampf die Diktatur des Proletariats durchzusetzen. Die Vertreter unserer Partei haben nicht die Aufgabe, an dem Ausbau der kapitalistischen Klasseninstrumente mitzuwirken, sondern auf den grundsätzlichen Standpunkt der Rätediktatur hinzuwirken. Der Schwerpunkt der Entwicklung liegt in dem Ausbau der Räteorganisation zur praktischen Vorbereitung des Endkampfes zwischen Kapital und Arbeit."

Kiel. Verbot der unabhängigen „Republik". Der Stationschef hat das Erscheinen der „Republik" bis auf weiteres verboten auf Grund der entstellenden Berichte über die Berliner Vorgänge.

Bremen. 25 Prozent „Entbehrungslohn". Der Aufsichtsrat der Bremen-Vegesacker Oelfabriken hat beschlossen, der am 14. Februar stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent vorzuschlagen.

Reich und Ausland.

Wie ein General Bolschewist wurde.

Es war einmal ein General. Stramm, schneidig, energisch, wie Generale sind. Daß er die Sozis aller Schattierungen leidenschaftlich haßte, dürfte bei einem General wohl eine Selbstverständlichkeit sein. Auch war er ein geschworener Feind aller Räte, insbesondere aber der verfl. . . Soldatenräte. Als nun der Winter ins Land kam und die Kohlenknappheit immer größer wurde, da fing der Herr General in seiner mit Zentralheizung versehenen Wohnung zu frieren an. Was tat nun der „beherzte Mann"? Flugs sandte er an alle Mitbewohner des Hauses ein Rundschreiben, in welchem er sie zur Begründung eines Mieterrates aufforderte. Wer nun noch nicht für bewiesen hält, daß der Bolschewismus und das Rätesystem seine Lichtseiten habe, dem ist nicht zu helfen. Es lebe die Konsequenz und die Charakterfestigkeit!

Ein dreister Raubüberfall wurde Mittwoch abend in Berlin an der Ecke der Linien- und Grenadierstraße ausgeführt. Dort wurde die Ehefrau des Kaufmanns Crohn, der in der Alexanderstraße ein Kreditbankgeschäft betreibt, von zwei Männern überfallen und der Handtasche beraubt, in der sich über 200 000 Mk. bares Geld befanden. Auf die Wiederherbeischaffung des geraubten Geldes ist eine Belohnung von 10 000 Mk. ausgesetzt worden.

Zweihunderttausend Mark Lohngelder geraubt. Zehn maskierte Räuber überfielen auf der Landstraße bei Altenberg, in der Nähe von Köln, vier Grubenangestellte und raubten zweihunderttausend Mark Lohngelder. Einer der Angestellten wurde von den Räubern erschossen, ein anderer an einen Baum gebunden. Die Räuber entkamen.

Die Beulenpest vor den Toren Deutschlands. Tschechische Blätter melden aus Mährisch-Ostrau, daß im polnischen Gebiet von Teschen mehrere Fälle von Beulenpest vorgekommen seien.

Influenza-Epidemie in Chikago. „Reuter" meldet: Am Dienstag ereigneten sich 2514 neue Fälle von Influenza, von denen 26 tödlich verliefen. Sämtliche Spitäler sind mit Influenzakranken überfüllt.

Spiel, Sport und Körperpflege.

Kücknitz. Ein Jahr Arbeiter-Turn-Verein Kücknitz. Am 11. Januar 1919 fand die Gründungsversammlung des Arbeiter-Turn- resp. Gesangvereins in Dickelmanns Gasthof statt. Etwa 70 Mann stark, sollte der Kampf mit dem bürgerlichen Turn-Verein gewagt werden. Manche harte Arbeit ist seitdem geleistet worden. Doch nicht umsonst. In immer weitere Kreise der Kücknitzer Bevölkerung wurde die Idee der Arbeiter-Turnbewegung getragen und schlug feste Wurzel. Sehr bald machte sich die Gründung von Abteilungen nötig. Als erste kam die Frauen-Abteilung, 13 Köpfe stark. Dann die Knaben-Abteilung mit 60—70 Teilnehmern. Ende Mai folgte die Fußball-Abteilung mit einer Gründungsziffer von 32. Den Sommer über nahm der Verein einen prächtigen Aufschwung. In allen Wettspielen und Kämpfen waren die Kücknitzer gefährliche Gegner. Manchen Sieg, im friedlichen Wettkampfe auf grünem Rasen, trugen die Farben des Vereins davon. Wo es die Zeit erlaubte, wurden die Brudervereine aufgesucht, um durch persönliche Fühlungnahme die Bande der Zusammengehörigkeit enger zu knüpfen. Mit Jahresschluß hatte der Verein abermals eine Neugründung zu verzeichnen. 23 Schülerinnen forderten die Abhaltung von Turnstunden, die sofort in der Schulturnhalle in Kücknitz angeordnet wurden. An die Aelteren ergeht der Weckruf: „Reicht Euch die Hände zu gemeinsamer Arbeit". Turnstunden werden abgehalten: Frauenabteilung: Montag von 7,30—9,30 Uhr. Männer- und Zöglingsabteilung: Donnerstags und Sonnabends von 6,30 bis 8,30 Uhr. Fußballabteilung: Jeden Freitag Zusammenkunft bei Faase, Kücknitz. Knabenabteilung: Mittwochs und Sonnabends von 5—6,30 Uhr. Mädchenabteilung: Donnerstag von 5—6,30 Uhr.

Ausgabe von ausländischem Kochmehl.

In der Woche vom 25. Januar bis zum 1. Februar werden auf Abschnitt 196 der Warenkarte des Lebensmittelkartenheftes oder der Lebensmittelkarte

100 Gramm ausländisches Kochmehl

zum Preise von 14 Pfennig ausgegeben.

Militärurlauber erhalten auf Abschnitt „Warenkarte" des Bezugsausweises für die zweite Woche vom 25. Januar bis 1. Februar 1920, je nachdem sie für ihre Verpflegung die ganze oder die halbe Wochenmenge zu beanspruchen haben, 100 Gramm oder 50 Gramm ausländisches Kochmehl.

Die Mehlhändler haben die Abschnitte der Warenkarte aufgeklebt bis zum Montag, dem 2. Februar, nachmittags 3 Uhr bei der Geschäftsstelle, Breite Straße 29 I, mit einer gesonderten Mehlverbrauchsnachweisung einzureichen.

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 80 der Reichsgetreideordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Mehlhändlern, die den Vorschriften des Landesversorgungsamts zuwiderhandeln, wird der Mehlhandel entzogen werden.

Lübeck, den 22. Januar 1920. (1829

Das Landesversorgungsamt.

Genossenschaftsregister.

Am 21. Januar 1920 ist eingetragen die Firma Gemeinnützige Siedlungs-Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Sitz Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Beschaffung von Siedlungsland; der Bau, der Erwerb und die Verwaltung von Wohnhäusern zum Vermieten der Wohnungen ausschließlich an die Genossen und der Bau von Wohnhäusern zum Verkauf ausschließlich an die Genossen; Beschaffung von Bau- und Hypothekengeldern; Beschaffung von Gerät, Pflanzen, Sämereien usw. Die Haftsumme beträgt 300 Mk. Höchste Zahl der Geschäftsanteile ist 30. Vorstand: Georg Ferdinand Franz Friedrich Koping, Handelsangestellter, Max Maschke, Lehrer, August Johannes Klaus, Kaufmann, sämtlich in Lübeck. Die Satzung ist am 11. Dezember 1919 errichtet. Zur Abgabe von Willenserklärung der Genossenschaft ist die Mitwirkung von zwei Vorstandsmitgliedern erforderlich. Die Zeichnung erfolgt in der Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift hinzufügen. Die Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma der Genossenschaft im Lübecker General-Anzeiger und im Lübecker Volksboten. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Liste der Genossen kann während der Dienststunden des Gerichts von jedermann eingesehen werden. (1826

Lübeck. Das Amtsgericht, Abteilung II.

Bekanntmachung.

Die im § 3 der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 erwähnten Verzeichnisse über Wertpapiere sind beim

Finanzamt in Lübeck, Fleischhauerstr. 20, Zimmer 7

einzureichen.

Lübeck, den 21. Januar 1920. (1818

Das Finanzamt.

Nachruf.

In der Nacht vom 18. zum 19. ds. Mts. verstarb plötzlich durch die Kugel eines Sicherheitssoldaten unser lieber Kollege, der Schlosser

Wilhelm Dunker.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Arbeiter des Travewerks.

1820) Siems bei Lübeck.

2 Lehrerinnen

für die Bezirksschule in Ruße zum 1. April ds. Js. gesucht. Meldungen bis zum 7. Februar. (1828

Die Oberschulbehörde.

Geübte Anlegerin

zu sofort gesucht.

Werner & Hörnig,

1832) Königstraße 47.

Volkshochschule.

Vortrag: 1887

„Zur Geschichte der englischen Sprache"

von Prof. Dr. F. Meyer

Sonnabend, 24. Januar, 7½ Uhr im Johanneum

Am 21. Jan. ist meine liebe Frau

Dorothea Stark

geb. Grundt, verw. Kistenmacher

im 62. Lebensjahr nach längerem Leiden sanft entschlafen. (1810

In tiefer Trauer

Heinrich Stark.
Anna Meier geb. Stark.
Elly Meier.

Beginn d. Trauerfeier Montag, 26. Jan., 3 Uhr nachm. von der Kapelle d. Vorwerker Friedhofs.

Zu kaufen ges. Wasch- u. Spülbalge. Angeb. u. T L an d. Exp. d. Bl. (1799

2 Satz **Ferkel** zu verkaufen.
J. Klüwer,
1822) Schwartauer Allee 133.

Gebr. guterh. Sofa z. K. ges. Ang. m. Pr. an (1819 Hartz, Westhoffstr. 57 II.

Sonnabend: frisches Fleisch.
C. Kühn,
1835 Schönkamstr. 3.

Neu erschienen ist:
Der
Weg zur Wahrheit.
Führervertrauen und Führerhaß im Kriege
von einem Frontoffizier.
Preis 1 Mk.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

4000 Zentner gelbe Steckrüben

frostfreie, prima Ware 8,50 Mk. pro Ztr. von 10 Ztr. aufwärts, waggonweise billiger, 9,50 Mk. pro Ztr. bei kleineren Mengen. Verkauf ab Kahn beim Behnkat (Drehbrücke) am Montag und folgenden Tagen von 8 bis 12 Uhr und von ½2 bis 5 Uhr. (1824

Norddeutsche Waren-Import Ges. m. b. H.
Bei der Lohmühle 25 27. Fernspr. 9055.

Brauereien
Brauerei z. Walkmühle

Hansa-Brauerei A.-G.
Lübeck.

Herrenartikel
Heinrich Waller
Breitestrasse 60
Herrenwäsche, Krawatten, Unterzeuge, Hüte, Schirme usw.

Lederhandlungen
Franz Schütt,
vorm. Carl Schütt Nachfolger
Leder u. Lederersatz
Spez.: Felgfett I. Zerkleinerer

Praktischer Wegweiser
Erscheint wöchentlich einmal
empfehlenswerter Geschäfte
Zur gefl. Beachtung empfohlen

Vollerts Reisebüro Lübeck T 8868
Nordische Verkehrs-Zentrale
Wohnungsnachweis
Versicherung und Beförderung von Reisegepäck

Bavaria-Brauerei
Hamburg-Altona
Niederlage Lübeck
Linnenstr. 60a Tel. Nr. 470

Trinkt Lübecker Vereins-Bräu

Die Biere der
Schloßbrauerei Kiel
werden überall bevorz.

Zigarrenhandlungen
Ad. Fürnrich
Holstenstraße 1.
Ecke Schüsselbuden

Jeder trinkt Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Weine
Wilhelm Rahfoth
Untertrave 112 Telephon 437
vorteilhafte Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

Ratzeburg
Ratzeburger Aktien-Brauerei

Moderne Schmucksachen, Traurings, verch. Preisl., Bestecke, Silber und versilbert
Goldschmied Tollgreve,
1801) 92 Königstr. 92.

Haltbare Hosenträger
Weiche Kragen
zum Selbstwaschen.
Krawatten 1800
Papier-Wäsche
Aug. Janensch
Sandstraße 6.